



FIGU-

ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

2. Jahrgang
Nr. 60, Dezember 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Auszug aus dem 664. offiziellen Kontaktgespräch vom 19. November 2016

Billy Danke. Dann noch diese Frage: Kannst du bitte einmal etwas sagen bezüglich der lausigen Mächtschaften des Westens, speziell der EU-Diktatur, der USA und der Medien, die kriegshetzend gegen Russland agieren?

Ptaah Grundsätzlich ist zu erklären, dass die gesamte Kriegshetzerei der EU-Diktatur, der USA und der Medien gegen Russland schon seit Jahren Unheil über die Erde und deren Menschheit bringen und auch direkte sowie indirekte Schuld an vielen weltweit immer wieder aufflammenden bewaffneten Konflikten tragen. Was aber verbrecherisch und kriegshetzend gegen Russland betrieben wird – sei es durch lügnerische und falsche Beschuldigungen, durch Sanktionen, Beschimpfungen und Verleumdungen usw. –, das ist eigentlich mehr, als Russland resp. dessen Regierung und Bevölkerung zu ertragen vermögen. Diese sind jedoch – entgegen dem gesamten Westen – derart vernunfttrüchtig, dass sie sich nicht provozieren lassen, sondern Ruhe bewahren und dies auch durch ihr Vernunftverhalten und auch durch das Wort nach aussen in die Welt bezeugen. Die russische Regierung, allen voran Putin, wie auch die gesamte Bevölkerung, wollen weder Krieg noch sonstwie Unheil über die Erde und die Menschheit bringen, gegensätzlich dazu jedoch die EU-Diktatur und die weltmachtbesessenen USA, wie auch die von diesen abhängigen Medien. Allein durch US-Amerika, die EU-Diktatur und die Medien haben sich in den letzten 25 Jahren ungeheuer viel Leid, Elend, Not, Tode und Zerstörung über die Erde ausgebreitet, wie z.B. unter anderem die durch die USA ausgelösten zwei völkerrechtswidrigen Kriege gegen den Irak, die Invasion, Besatzung und Zerschlagung der staatlichen Strukturen. Der ganze weltmachtgierige Wahnsinn der USA hat allein in den letzten 25 Jahren Millionen Menschenopfer gefordert. Und was sich seit Beginn des neuen Jahrtausends durch die Schuld der USA im Orient abspielt, war die Grundlage für die explosionsartige Ausbreitung des islamistischen Terrors. Doch auch die EU-Diktatur hat in verschiedenen Weisen zum ganzen Desaster beigetragen, auch wenn das bestritten wird und nicht öffentlich bekannt wurde. Zur Schuld der USA und der EU-Diktatur gehören auch Waffenlieferungen an Aufständische und an Staaten, wie aber auch das militärische Mitwirken und direkte Kriegshandlungen an diversen europafremden Fronten. Eine weitere Schuld der EU-Diktatur, die besonders angesprochen werden muss, geht aber noch viel tiefer, und zwar unter dem Matriarchat der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, der die selbtherrlichen und diktatorischen EU-Diktatur Elemente hörig verfallen sind. Diese rachsüchtige und machtbesessene Frau kann in Deutschland und in der EU-Diktatur schalten und walten, wie sie will, ohne dass ihr das üble Handwerk gelegt und ohne dass den EU-Diktatur-Elementen gewahr wird, dass sie sich als Holocaust-Rächerin aufspielt und besonders Deutschland vernichten will. Das ist auch der Grund dafür, dass sie die «Willkommens-Kultur» für Flüchtlinge ins Leben gerufen hat, wodurch nunmehr seit geraumer Zeit Flüchtlingsströme aus dem Orient, aus Afrika und aus Asien in Europa einfallen, was nach Ansicht dieser Frau einerseits zur Überfremdung führen und andererseits das Sicher-



heits-, Sozial- und Regierungssystem usw. zusammenbrechen lassen soll. Und diese wohlberechneten und böseartig zu nennenden Machenschaften sind inzwischen derart weit gediehen, dass das Ganze kaum oder überhaupt nicht mehr zu stoppen ist. Folgedem ergibt sich alles weiterhin und wird anhalten, was sich bis heute ergeben hat, was bedeutet, dass auch in Zukunft Flüchtlingsströme sowie Gewalt, Mord und Totschlag, Kriminalität, Verbrechen, Terror, Religions-, Fremden- und Rassenhass nach Europa eingespült werden. Das Ganze ist grundsätzlich betrachtet ein gigantisches Verbrechen, das an ganz Europa und dessen Völkern begangen wird, und das durch eine Frau, die absolut regierungsunfähig ist, wie ebenso ihre ihr hörigen und ihr verfallenen Vasallen der EU-Diktatur. Und das Ganze ist ein Verbrechen, das nur mit Hilfe der Befürwortung durch die USA, wie aber auch durch die Desinformation, Propaganda und Hetze vieler westlicher Medien möglich war. Wenn aber alles genau betrachtet wird, dann begannen alle jene Übel, die auf die USA zurückführen und eben deren schmutzige Machenschaften aufweisen, schon damals, als Nordamerika durch Aussiedler aus Europa besiedelt wurde, als europäische Behörden Sektierer-Gruppierungen, Kriminelle und Verbrecher, sonstig asoziale Elemente sowie verarmte Familien usw. zwangsweise nach Amerika «auswanderten». Doch schon im Ersten Weltkrieg von 1756–1763 begann der US-amerikanische Kriegsterror rund um die Welt, was sich bis in die Neuzeit hineingetragen hat, wobei dieser USA-Weltterror nicht nur heute noch besteht, sondern auch noch weit in die Zukunft hineingetragen wird, wenn sich nicht endlich eine «Multinationale Friedens-Kampf-Truppe» aller irdischen Staaten bildet, die den USA ihre Weltherrschaftsgier unterbinden. Zu sagen ist aber, dass auch der UN-Sicherheitsrat seit dessen Bestehen auf Seiten der USA wirkt, folgedem ab dem 16. Januar 1991 eine Koalition mit Kampfhandlungen zur Befreiung Kuwaits begann, angeführt von den Vereinigten Staaten von Amerika und legitimiert durch die Resolution 678 des UN-Sicherheitsrates. Das Ganze ergab sich, weil Irak am 2. August 1990 unter der Führung von Saddam Hussain mit der gewaltsamen Eroberung Kuwaits begann, was als «Erster Irakkrieg» oder als der «Zweite Golfkrieg» bezeichnet wurde. Dann wurde nach dem Attentat auf die USA am 11. September 2001 durch die Amerikanische Regierung unter Präsident Bush jun. beschlossen, dem Terrorismus in der ganzen Welt mit militärischen Mitteln zu begegnen, und zwar indem Bush die Lüge zirkulieren liess, Saddam Hussein habe Atomwaffen usw., was angeblich eine Gefahr für die USA darstelle. Also wurde beschlossen, den Irak – der unter Diktator Saddam Hussein ein modernes und offenes Land war, in dem es der Bevölkerung trotz Diktatur gutging, auch wenn hie und da im Land selbst infolge Religionshass gewisse unerfreuliche und brutale Waffengänge vorkamen – nach Afghanistan als zweites Ziel mit Krieg zu belegen, und wie üblich unter der Lügenbehauptung, dass der Irak eine Gefahr für die Sicherheit US-Amerikas darstelle. Am 20. März 2003 begann dann der offene Krieg gegen Saddam Hussein, und zwar nach Ablauf eines 90 Minuten dauernden Ultimatums der USA. Also schlugen um 3:30 Uhr in Bagdad Raketen in ein Regierungsgebäude ein, in dem die US-Geheimdienste Saddam Hussein vermutet hatten. Und seit 2011 geschieht es weiter, dass die USA im vorderen Orient ihre schmutzigen Kriegsgeschäfte betreiben, und zwar mischen sie sich seither in Syrien ein, wobei sie die Aufständischen mit Waffen usw. beliefern und zudem mit der Luftwaffe und mit geheimen Bodentruppen – die von den USA offiziell bestritten werden – die regulären Truppen des verbrecherischen Diktators Baschar al-Assad bekämpfen. Die wahrheitlichen, verbrecherischen Machenschaften in bezug auf die USA werden öffentlich verheimlicht oder durch Lügen der Weltmedien verherrlicht, weil die verbrecherischen Täter in der Politik für ihr Befehlen und mörderisches Handeln sowie für ihre Verleumdungen und Verbrechen niemals zur Rechenschaft gezogen wurden und nie werden, wie eben auch nicht die kriminellen Medien. Also wiederholt sich durch die USA in Syrien das gleiche Verbrechen. Die Kriegshetzer und ihre Hintermänner und Hinterfrauen, wie auch deren Befürworter, sind immer der gleichen Wesensnatur, nämlich moralisch völlig ausgeartet, von Macht besessen, unehrlich, verlogen und verleumdend, selbstherrlich, egoistisch, überheblich und gewissensarm verkommen. Was nun aber die negative Einstellung des Westens gegen Russland, das russische Volk und den Präsidenten Putin betrifft, so liegt der Hauptgrund dafür in feiger Angst, die einerseits darin fundiert, dass Russland infolge der westlichen Antipropaganda gegen Russland militärisch gegen den Westen zurückschlagen könnte, andererseits jedoch auch, dass durch den Einmarsch Russlands in den Westen die unfähigen Regierungen durch russische Kräfte ersetzt und die Weststaaten annektiert werden könnten. Doch das ist völlig unsinnig, denn Russland, und so also auch Putin, hegen keine Pläne dieserart, denn effectiv geht vom russischen Volk, und damit auch von Putin, das Verlangen aus, mit dem gesamten Westen eine friedliche Koexistenz zu führen und auch weltweit wirklichen Frieden zu wahren. Russland, dessen gesamtes Volk und Präsident Putin sind in Wahrheit friedlich gesinnt, was gegenteilig vom Westen, den USA und der EU-Diktatur, wie leider auch von einer grösseren Anzahl völlig desinformierter russlandfeindlicher und gegen Putin eingestellter Personen in der Schweiz der Fall ist, was auch auf die falsche Berichterstattung und Hetzereien der entsprechenden Medien zurückzuführen ist, die ihrer Leser-, Hörer- und Zuschauerschaft völlig falsche Anschauungen und Bilder des russischen Präsidenten, Russlands und dessen Volk vermitteln.

Billy Deinen Ausführungen kann ich folgen und zustimmen, denn alle jene verkommenen und herrschenden Schreibtischtäter der USA, der EU-Diktatur und vieler anderer Staaten und deren Regierungen, die verbrecherische Befehle, Handlungen und Machenschaften in Taten umsetzen oder umsetzen lassen, wie durch mörderische Geheimdienst- und Militäraktionen, sind gesamthaft alles verkommene Kreaturen der übelsten Sorte. Grundsätzlich sind sie die wahren Schuldigen für mörderische Geheimdienst- und Militäraktionen, während jedoch die ihre Befehle Ausübenden in Mitschuldigkeit nicht besser, sondern ebenfalls ausgeartete, bössartige, verkommene Killer sind, wofür es keine Entschuldigung gibt. Auch die primitive Ausrede, dass nur Befehle ausgeführt würden, kann niemals eine Entschuldigung sein, denn jeder bewusstseinsmässig normale Mensch kann selbst denken und entscheiden, ob er eine Anordnung oder einen Befehl ausüben will oder nicht. Folgedem ist es auch so, dass, wenn sich alle Menschen – so auch die Militärs – einfach einheitlich und solidarisch weigern würden, kriegerische, mörderische und zerstörende Befehle auszuüben, dann niemals Kriege vom Zaun gebrochen werden könnten. Und weil ich die ganze diesbezügliche Sache schon in meiner Jugendzeit so gesehen habe, bin ich in Frankreich, in Strassbourg, der «Légion étrangère» beigetreten, um selbst zu erfahren und zu erleben, was das Militär eigentlich ist; doch als ich dann genug erfahren und erlebt hatte, bin ich geflüchtet, weshalb ich von den Schergen bis an die Grenze von Marokko verfolgt wurde, jedoch glücklich entkam. Asket wollte mich zwar von diesem ganzen Abenteuer abhalten, doch hat sie dann doch eingewilligt, weil ich ihr plausibel machen konnte, dass ich unbedingt die für mich notwendige Erfahrung machen müsse. Also hat sie dann doch eingewilligt, jedoch darauf bestanden, dass sie mir zur Hilfe eilen würde, wenn ich sie rufen würde, was ich dann allerdings nie getan habe, weil ich auf eigenen Beinen stehen wollte. Das ganze Abenteuer war dann auch der Grund dafür, dass ich in der Schweiz den Militärdienst verweigerte. Nun, leider ist es so, dass sich die Menschen nicht getrauen, sich regierungsmässig-militärischen Anordnungen und Befehlen zu widersetzen, dies eben auch darum, weil sie einerseits nicht den Mut dazu haben, und andererseits weil sie sich vor Strafe fürchten. Tatsache ist aber doch, dass sie alle, die mörderische und zerstörende Befehle erteilen oder ausüben, in gleicher Weise schuldig sind, ob sie Befehlende oder Täter sind, denn alle beteiligen sie sich an den Verbrechen, die den Menschen in vielen Ländern angetan werden. Das bezieht sich auch auf die Medien, die mit ihren Sensationsaufmachungen im Sinn der Regierenden und der obersten Militärs, der Geheimdienste und der Religionen und Sekten mutwillig, profitgierig und verantwortungslos helfen, deren Propaganda zum Morden, Zerstören und den Wahnglauben zu fördern. Und bei jenen Medien, die darin einbezogen sind, handelt es sich um jene, die durchwegs korrupt und von den entsprechenden Regierungen, Machthabenden und Geheimdiensten abhängig und ebenfalls in die gesamten Schmierereien der staatlichen Falschinformationen, Lügen und Verleumdungen involviert sind. Und diese Medien sind es auch, die alle freien und unabhängigen Medien und jene Menschen, die Sachorientierte und Wissende in bezug auf bestimmte politische, militärische und wirtschaftliche sowie religiöse und sektiererische Machenschaften sind, diffamieren und ihre klar und deutlich dargelegten effektiven Tatsachen verleugnen, sie mit Lügen und Verleumdungen belegen und als Verschwörungstheorien beschimpfen. Und dies tun restlos alle öffentlichen und auch unbedarften privaten oder organisationsbedingten Medien, die mit den ausgearteten Machenschaften jener Regierungen, Militärs, Religionen und Sekten mitziehen, von denen sie abhängig und ihnen in korrupter Weise zugetan sind. Dazu gehören in der Regel – mit nur wenigen Ausnahmen – alle Gross- und Kleinmedien, deren oberste Führungen mit jenen Politikern, Regierenden, Militärs, Religionen und Sekten usw. unterwürfig mitziehen, weil sie von diesen abhängig, unfähig und zudem zu feige, wie aber auch profitgierig sind, um in aufrechter und ehrlicher Weise auf eigenen Füßen zu stehen. Darum beschimpfen sie gute freie Journalisten, ehrliche und aufrichtige Politiker, Militärs und allerlei andere, die durchwegs in freien und unabhängigen Medien die Wahrheit berichten, als Verschwörungstheoretiker, wie sie auch deren Bekanntmachungen als Konjuration resp. als Komplott, Verschwörung und Lügen attackieren. Damit wird ein primitivgemeiner und schmutziger Weg beschritten, um bei der Leserschaft und Zuschauer- sowie Zuhörerschaft suggestiv-zwingend die falsche Ansicht und Meinung zu bilden, dass die Wahrheits-Tatsachenberichte der guten und sauberen Journalisten und sonstig Schreibenden, die für freie und wahrheitsoffene Medien arbeiten, nur Verschwörungstheorien publik machen würden. Diese staatsabhängigen, korrupten Medien veröffentlichen regierungsfreundliche verlogene «Tatsachenberichte», während andere sogenannte «freie Medien» ausgehebelt und verboten werden, wenn durch diese die wirkliche Wahrheit verbreitet wird, wie es gegenwärtig besonders krass in der Türkei geschieht, weil der autokratische Diktator Recep Tayyip Erdogan alle und alles unterbindet, das die Wahrheit ans Licht bringt. Verlogene Falschmeldungen von Regierungen und Medien entsprechen einem Informations-Verbrechen gegenüber ihren Leserschaften, die in die Irre geführt und wahrheitlich betrogen werden. Das bezieht sich besonders auf gewisse Journalisten, denen die Wahrheit nichts sagt, weshalb es sie nicht kümmert, dass sie käuflich, unehrlich, nur profitbedacht und auf Sensationen aus sind. All die Verantwortlichen

solcher bewusster Falschinformationen – sei es durch Medien, die korrupten Regierenden oder deren Sprecher – kümmern sich nicht um die Wahrheit, folglich auch nicht darum, dass die effective Wahrheit nicht zum Volk gelangt. Wahrheitlich sind diese Verantwortlichen völlig Verantwortungslose, die derartig miese Gestalten sind, dass sie eigentlich vor ihrem eigenen greulichen Gestank tief in die heisseste Wüste davonlaufen müssten, dass weder ein Mensch noch sonst irgendein Lebewesen die miefe Ausdünstung einatmen müsste. In Wahrheit kümmert sie die Wahrheit nicht, sondern nur der Profit und ihre Macht, folgedem sie achselzuckend, champagner- und weinsaufend sowie kaviar- und lachsfressend usw. gewissenlos über alles Wahrheitliche hinweggehen, sich dafür selbst Preise verleihen oder verleihen lassen, wenn sie, eben die Regierenden und die Medien, die Öffentlichkeit resp. das Volk bewusst verhöhnend belügen, selbsterfundene ‹Tatsachenberichte› und extra gefälschte und gestellte ‹Tatsachenbilder› präsentieren. Da sind aber auch jene Journalisten von Medien, die irgendwelche Menschen interviewen, um dann mit Lügen und Verleumdungen über sie herzuziehen, sie falsch zu beschuldigen, zu verunglimpfen, ihre Aussagen bis zur Unkenntlichkeit zu verdrehen, sie lächerlich zu machen und sie noch als Sündenbock hinzustellen. Diesbezüglich habe ich schon von meiner Jugend an und bis heute genügend Erfahrungen gemacht, um das beurteilen zu können und zu wissen, wie alles an Lügen und Verleumdungen sowie von Falschheiten, falsch Interpretiertem und verlogenen ‹Tatsachenberichten› gleichzeitig auf allen Kanälen der Mainstreammedien verbreitet wird, um die Leserschaft zu belügen und zu täuschen.

Ptaah Leider wird all das, was wir nun gesagt und erklärt haben, beim Gros der Erdenmenschheit nicht viel Nutzen bringen, denn nur jene aus dieser Masse werden sich besinnen, die nach der Wahrheit suchen und dieser dann folgen, die ihrer Vernunft folgen und unparteiisch in neutraler Weise alles zu beurteilen verstehen. Alle ändern lassen sich sehr gerne und willig durch die Lügenmedien beeinflussen und führen. ...

Trump kündigt neue US-Aussenpolitik an: «Wir werden keine Regierungen mehr stürzen»

Deutsche Wirtschafts Nachrichten; Fr, 02 Dez 2016 17:46 UTC

Donald Trump will der US-Praxis, Regierungen im Ausland zu stürzen, ein Ende bereiten.



© dpa; Donald Trump in Cincinnati, Ohio.

Donald Trump, designierter US-Präsident, sagte bei einer Rede in Cincinnati, Ohio, dass seine Regierung mit der Tradition von US-Regierungen brechen will, in anderen Staaten durch Staatsstriche Veränderungen herbeizuführen.

Trump sagte: «Wir werden eine nationale Anstrengung unternehmen, um unsere schwer vernachlässigte Armee neu aufzubauen. Wir haben keine Wahl. Wenn wir auf diese Welt schauen, sie ist ein Pulverfass (tinder box). Wir möchten eine starke Armee – und wir wollen sie nicht einsetzen müssen. Idealerweise werden wir sie nicht einsetzen müssen. Aber wir werden ISIS zerstören. Gleichzeitig werden wir eine neue US-Aussenpolitik verfolgen, die endlich aus den Fehlern der Geschichte lernt. Wir werden mit dem Versuch aufhören, Regimes zu Fall zu bringen und Regierungen zu stürzen. Erinnern Sie sich: Sechs Billionen Dollar haben wir an Kosten im Nahen Osten ausgegeben. Unser Ziel ist Stabilität, nicht Chaos, denn wir wollen unser Land aufbauen – es ist an der Zeit.»

In derselben Rede gab Donald Trump die Ernennung von James Mattis als neuer US-Verteidigungsminister bekannt. Mattis ist wie Trump ein entschlossener Gegner des Iran. Auch die anderen Mitglieder von Trumps

Sicherheitskabinetts sind Iran-Gegner. Es ist unklar, ob sich die Abkehr von den «regime changes» auch auf den Umgang mit dem Iran bezieht.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27113-Trump-kündigt-neue-US-Außenpolitik-an-Wir-werden-keine-Regierungen-mehr-stürzen>

Jill Steins Nachzählung bricht zusammen

Sonntag, 4. Dezember 2016, von Freeman um 07:00

Am späten Samstagabend hat die Partei der Grünen ihre Forderung nach einer Anzweiflung des Resultats der Nachzählung im Bundesstaat Pennsylvania zurückgezogen, was die ursprüngliche Feststellung der Wahlkommission über den Gewinn für Trump bestätigt. Anwälte der Grünen haben die Klage mit der Begründung zurückgezogen, sie haben nicht die notwendigen 1 Million Dollar, um die Anfechtung des zweiten Resultats weiter zu führen. Der lokale Ableger der Grünen hatte sowieso im Vorfeld ausgesagt, die Klage hätte keinerlei Grundlage. Damit ist die Hoffnung, eine Nachzählung in den anderen Bundesstaaten würde das Resultat verändern, auch gestorben.



Die zweite Zählung der Stimmen in Pennsylvania hat wohl den Vorsprung von Trump von 71000 auf 49000 reduziert, aber diese Zahl erfüllt immer noch nicht das Verhältnis von 0,5 Prozent, die notwendig ist, um eine landesweite manuelle Nachzählung wie von Stein verlangt durchzuführen.

Damit hat Donald Trump die mehr als notwendigen 270 Elektoren, sogar wenn die Nachzählung in Wisconsin und Michigan das Resultat zu Gunsten von Hillary Clinton ändern würde, was viele als sehr unwahrscheinlich halten. Ohne diese beiden Bundesstaaten hätte Trump immer noch 280 Elektoren.

Es war sowieso die einzige Hoffnung von Jill Stein, das Wahlresultat auf den Kopf zu stellen, wenn alle drei Bundesstaaten zu Hillary fallen würden. Das hätte kein eindeutiges Ergebnis ergeben, keiner der beiden hätte die 270 Elektoren erreicht. Dann hätte der Kongress eine Entscheidung treffen müssen, wer Präsident wird.

Jill Stein hat mit ihrem gescheiterten Versuch nur sich selber geschadet und ist politisch in den USA völlig unten durch. Sie hat sich als nützlicher Idiot für Hillary Clinton gezeigt und wird in der Versenkung verschwinden.

Die Aussichtslosigkeit der Aktion zeigt auch folgende Tatsache. Die Nachzählung in Wisconsin hat nach Tagen der Überprüfung nur ganze ZWEI STIMMEN mehr bisher für Hillary gebracht, eine totale Verschwendung von Energie, Zeit und Geld!

Jetzt steht endgültig fest, Donald Trump ist der neue Präsident!

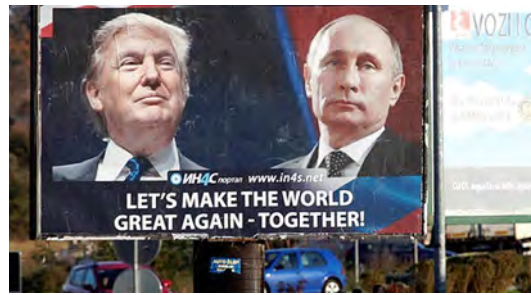
Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com>

Trump macht den 1% Angst: US-Kongress will Keil zwischen Trump und Moskau treiben

Sputnik; Mo, 05 Dez 2016 15:17 UTC

Der US-Kongress setzt alles daran, die Beziehungen zu Russland bereits vor dem Amtsantritt Donald Trumps zu verschlechtern, schreibt die russische Tageszeitung «Iswestija» am Montag.

Die scheidende US-Administration beeilt sich, ein Paket antirussischer Maßnahmen zu beschliessen, um die Beziehungen Trumps zu Moskau zu erschweren. So verabschiedete das Repräsentantenhaus einen antirussischen Gesetzentwurf zum Widerstand gegen den angeblichen russischen Einfluss. Das Dokument sieht die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von russischen Diplomaten in den USA vor.



© Reuters/ Stevo Vasiljevic

Laut einer Quelle in der Republikanischen Partei zählt dies aber nicht zu den Plänen des neu gewählten Präsidenten Donald Trump.

«Donald Trump und seine Administration haben nicht vor, solche Gesetzentwürfe zu verabschieden. Der gewählte Präsident will sich in den ersten Monaten ausschliesslich mit innenpolitischen Fragen befassen. Die jetzige Administration verabschiedet Dokumente und unternimmt Schritte, die nichts mit den Interessen der USA gemein haben. Wir werden sie revidieren. Der gewählte Präsident sagte bereits während seines Wahlkampfes, dass die Politik Obamas revidiert werde», sagte die Quelle.

Der vom Repräsentantenhaus verabschiedete Gesetzentwurf über den Haushalt der US-Sicherheitsdienste für das Jahr 2017 in Höhe von 70,3 Milliarden US-Dollar sieht zwei einzelne Punkte zu Russland vor. Laut dem Dokument soll ein spezieller Ausschuss zum «Widerstand der von Russland ergriffenen aktiven Massnahmen des geheimen Einflusses» eingerichtet werden. Darüber hinaus wird den russischen Diplomaten verboten, sich frei in den USA zu bewegen. Akkreditierte Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen Russlands sollen nicht weiter als 25 Meilen von ihren Büros im Laufe eines Kalenderquartals wegfahren dürfen. Das Dokument soll in den kommenden Tagen im Senat erörtert werden.

Laut dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrats, Konstantin Kossatschow, **versuchen die Kongressmitglieder Trump Probleme zu bereiten**. Die Reaktion Moskaus sollte synchron sein.

«Es gibt keine Zweifel, dass sich Russland an das Prinzip der Gegenseitigkeit halten soll. Was einen angeblichen geheimen Einfluss Russlands in den USA betrifft, befasst sich Moskau sicher nicht mit der Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Das ist der Versuch des Kongresses, eigene Fehler und Niederlagen auf Russland abzuwälzen», sagte Kossatschow.

Dem Vorsitzenden der Kommission für Informationspolitik des Föderationsrats (russisches Parlamentsoberhaus), Alexej Puschkow zufolge, **beeilen sich die USA, eine gesetzgebende Basis für einen Konflikt mit Russland vor Trumps Amtsantritt zu schaffen**.

«Der Kongress macht Trump zur Geisel eines negativen Hintergrunds der russisch-amerikanischen Beziehungen. Der Sinn dieses Gesetzentwurfs besteht darin, **den Mythos von der russischen Bedrohung aufrechtzuerhalten, der während der Amtszeit Obamas verbreitet wurde**. Das zielt unter anderem darauf, die Möglichkeiten der Aufnahme der russisch-amerikanischen Beziehungen einzuschränken, die Trump anstrebt. Im Kongress gibt es viele republikanische Senatoren, die gegen die Normalisierung der Beziehungen zu Moskau sind», sagte Puschkow. Es werde absichtlich Misstrauen und Bedrohung geschaffen, was das Streben Trumps Administration erschweren werde, normale Beziehungen zu Russland aufzunehmen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27135-Trump-macht-den-1-Angst-US-Kongress-will-Keil-zwischen-Trump-und-Moskau-treiben>

Russland hat Amerika besiegt

Mittwoch, 14. Dezember 2016, von Freeman um 07:00

Die Amerikaner haben den Krieg mit Russland verloren, ohne eine Schlacht geführt zu haben. Sie sind keine souveräne Nation mehr, sie sind keine Demokratie mehr, sind nicht mehr freie Menschen, sie sind die Opfer eines unblutigen Putsches ... eines unblutigen Putsches, den Russland mit Hilfe von Verrätern unter den Republikanern und den alternativen Medien als 5. Kolonne mit «fake news» durchführte.

Diese Eroberung Amerikas durch russische Propaganda und Wahlfälschung wurde ganz clever geplant und gesteuert, vom Oberbösewicht, Wladimir Wladimirowitsch Putin, dem Meister aller Schachzüge, ehemaliger Chef des KGB, der Donald Trump als mandschurischen Kandidaten rekrutiert, programmiert und aktiviert hat. Jetzt

gehören die Vereinigten Staaten den Russen und Putin ist der wirkliche Präsident.



Das ist die Rache für die Zerstörung der Sowjetunion!

Der Beweis für diese Machtübernahme Washingtons durch Moskau ist die Auswahl von Rex Tillerson als designierter US-Außenminister, ein Freund von Putin, der im Kreml mit der höchsten Ehre ausgezeichnet wurde, der Freundschaftsmedaille. Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten wird in Zukunft von Putin bestimmt. Was für ein genialer Schachzug!

Wenn Trump das Amt im Weissen Haus übernimmt, dann sitzt eigentlich Waldimir Putin im Oval Office, denn Trump ist seine Marionette. Der Wunsch einiger unzufriedener, verräterischer, weisser, rassistischer Amerikaner, «Putin for President», ist tatsächlich in Erfüllung gegangen. Die Freiheit der Amerikaner wurde dem russischen Abschaum ausgehändigt.

Von nun an sind Wahlen vorbei, eine Diktatur herrscht.

Der Militärapparat von Amerika wird auch diesem Abschaum übergeben. Mit der Wahl von verräterischen Ex-Generälen als Sicherheitsberater und Verteidigungsminister gehört das Pentagon dem russischen Oberkommando. Die CIA, NSA und alle anderen der 16 Geheimdienste werden vom FSB

übernommen. Nur ein kleiner Rest an Patrioten verbleibt in der CIA und leistet Widerstand.

So wie es aussieht wird der 20. Januar 2017 keine Amtseinführung sein, sondern das Ende der Vereinigten Staaten als unabhängiges Land. Es wird kein friedlicher Machtwechsel sein. Es wird eine Eroberung und Vereinnahmung sein und der Vereinnahmer Donald Trump hat keine Legitimität, keine Glaubwürdigkeit und keine Autorität unter der Verfassung.

Amerika muss sich von Donald Trump befreien ... er ist kein Präsident ... er ist eine Marionette, die von Wladimir Putin an die Macht gebracht wurde. WIDERSTAND JETZT!

Seid ihr schockiert? Ist das meine Meinung? Ist es die Wahrheit? Nein. Es ist die Meinung von einigen schlechten Verlierern und Heulsusen, die mit der Niederlage ihrer geliebten Hillary und dem Sieg von Trump immer noch nicht klarkommen und diesen nicht akzeptieren. Sie suchen verzweifelt den Schuldigen zu finden und realisieren nicht, sie selbst sind es ... SIE!!! wurden von den amerikanischen Wählern abgelehnt.

Was ich oben als erfundenes «Horrorzenario» beschrieben habe, hat gestern tatsächlich ein Vertreter der Links-Faschisten behauptet. Keith Olbermann, der früher als politischer Kommentator für MSNBC arbeitete, bis er rausflog und jetzt für das «GQ Magazin» seinen absurden Schwachsinn verbreitet. Er hat am Montag gesagt, die Amerikaner seien «Opfer» eines russischen Putsches, der von «Verrätern» unter den Republikanern ermöglicht wurde.

Wow, müssen die Looser verzweifelt sein, dass sie den Russen die Schuld für ihre Niederlage geben und behaupten, Russland habe Amerika mit Trump erobert!!!

Diese hysterische Aussage widerlegt die Behauptung einiger Klugscheisser unter den deutschen Kommentatoren der «Trutherszene», Trump sei eine Marionette der globalen Elite. Ja was denn nun? Er kann ja nicht beides sein. Oder ist Trump, so wie ich ihn einschätze, ein Patriot, der ohne Vorbelastung, ohne Voreingenommenheit, völlig frei, die Interessen Amerikas vertritt, und mit allen anderen Ländern friedlich zusammenarbeiten, das eigene Land vorwärts bringen und endlich von dem politisch korrekten Müll und Verrätern säubern will.

In dieser Beziehung haben beide, Trump und Putin, vieles gemeinsam!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/12/russland-hat-amerika-besiegt.html#ixzz4SoczpIMR>

Putin: Macht-Balance kehrt zurück, monopolare Weltordnung endet

Sputnik; So, 04 Dez 2016 06:45 UTC

Alle Versuche, eine monopolare Weltordnung einzurichten, sind gescheitert, ein Kräftegleichgewicht in der Weltarena stellt sich wieder ein, wie der russische Präsident Wladimir Putin in einem Interview für das russische Fernsehen sagte.

Die Situation verändere sich, es sei kein Geheimnis mehr, «dass viele unsere Partner gern an die Prinzipien des Völkerrechts appellieren, weil sich das Gleichgewicht in der Welt allmählich wiederherstellt», so Putin «Die Versuche, eine monopolare Welt zu schaffen, haben sich nicht durchgesetzt», sagte der russische Staatschef. Aber Russland habe immer den Standpunkt vertreten, dass «wir beim Schutz unserer eigenen nationalen

Interessen auch die Interessen anderer respektieren müssen. Und wir wollen unsere Beziehungen mit allen anderen unseren Kollegen auf diese Weise aufbauen.»

Putin ging in dem Gespräch auf den «arabischen Frühling» und dessen negative Folgen für die Region ein. Er führte diese Protestwelle, die 2011 die arabischen Länder überrollte, darauf zurück, dass es bedeutende Mächte der Welt abgelehnt hätten, zugunsten ihrer geopolitischen Interessen die Normen des Völkerrechts zu befolgen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27129-Putin-Macht-Balance-kehrt-zuruck-monopolare-Weltordnung-endet>

Die antirussische Hysterie greift immer weiter um sich

Von Marco Maier, *Contra Magazin*, Veröffentlichungsdatum: 12.12.2016, 11:52

In Politik und Medien der transatlantischen Achse wird seit einigen Jahren wieder verstärkt gegen Russland gehetzt. Seit einigen Monaten wird es jedoch immer schlimmer.

Wladimir Putin gehörte noch nie zu jenen russischen Politikern, die man im Westen schätzt. Denn anstatt sich unterwürfig zu zeigen und sich den westlichen Eliten anzubiedern, setzte der russische Spitzenpolitiker stets auf eine eigene Linie, die die Russische Föderation auf jenen geopolitischen Platz heben soll, die das Land auch verdient: Seite an Seite mit den anderen Grossmächten dieses Planeten in einer multipolaren Weltordnung.

Waren die Konflikte in Georgien und Tschetschenien schon willkommenen Anlässe, um Feindseligkeiten gegen Russland zu verbreiten, so folgten bald schon auch die Jugendschutzgesetzgebung (insbesondere bezüglich der Homosexuellen) und dann auch der vom Westen inszenierte Ukraine-Konflikt durch die Unterstützung des Putsches gegen Präsident Janukowitsch. Die Rebellion gegen den Putsch der vom Westen unterstützten Rechtsextremisten und die Abspaltung der Krim von der Ukraine samt der Rückkehr der Halbinsel zu Russland sorgten für willkommenen Anlässe, das Land mit Sanktionen zu belegen. Dann kam noch der Syrienkrieg hinzu, der (wie wir hinlänglich wissen) nur Dank der russischen Unterstützung ein baldiges Ende finden könnte.

Doch seit den US-Präsidentenwahlen und dem Sieg Donald Trumps erreicht die politische und mediale Hysterie einen neuen Höhepunkt. Einerseits werden die Russen, ohne auch nur ansatzweise irgendwelche Belege vorweisen zu können, beschuldigt, die Wahlen (direkt und indirekt) manipuliert zu haben, andererseits bezichtigt man die alternativen Medien, die sich nicht der Mainstream-Diktion unterwerfen, der «russischen Propaganda» (entweder gleich «vom Kreml bezahlt» oder einfach nur «nützliche Idioten»). Auch deutsche Politiker und Medien werfen schon mit solchen Phrasen einer «möglichen Wahlmanipulation» durch Russland um sich. Die zig Millionen an Dollars und Euros für russische «Oppositionspolitiker und -parteien», die eine tatsächliche Beeinflussung von Wahlen (und zwar in Russland durch die Amerikaner und die Europäer) darstellen, thematisiert hierbei niemand.

Der Hass des westlichen Establishments auf Putin und Russland muss immens sein, so wie derzeit die Propaganda- und Desinformationsgeschütze eine Breitseite nach der anderen liefern. Man könnte beinahe schon meinen, sich wieder mitten in den heißen Phasen des Kalten Kriegs zu befinden. Es stellt sich nur noch die Frage, wie lange es wohl noch dauern wird, bis die ersten «Verbotsgesetze» kommen, die jegliches Verständnis oder gar die Parteinahme für Russland unter Strafe stellen.

Quelle: <http://de.news-front.info/2016/12/12/die-antirussische-hysterie-greift-immer-weiter-um-sich-von-marco-maier/>

«Frieden durch Stärke»:

Donald Trump bekräftigt Absage an US-Interventionspolitik

7.12.2016 • 15:35 Uhr



Quelle: Reuters

Donald Trump will die US-Armee als stärkste der Welt erhalten. Aber er möchte diese nur zur Verteidigung und gegen den IS einsetzen. Auf einer Veranstaltung im Rahmen seiner ›Dankestour‹ bekräftigte Trump seine Absicht, die US-Aussenpolitik neu auszurichten.

In einer Ansprache in Fayetteville, North Carolina, skizzierte der designierte US-Präsident am Dienstag den Fokus seiner geplanten Aussenpolitik. Trump erklärte:

«Wir werden damit aufhören, Regime zu stürzen, über die wir nichts wissen und in deren Belange wir uns nicht einmischen sollten. Anstelle dessen muss unser Fokus auf den Sieg über den Terrorismus, die Zerstörung des Islamischen Staates (Anm. Islamistischen Staates) gerichtet sein, und wir werden das auch tun.»

Auf der letzten Station seiner Dankes-Tour durch mehrere US-Bundesstaaten verkündete Trump auch die Wahl von General James Mattis als seinem Favoriten für das Amt des US-Verteidigungsministers. Bevor der auch als ›Mad Dog‹ bekannte, für tollkühne Einsätze und vollmundige Ansagen bekannte General a.D. der U.S. Marines jedoch Minister werden kann, muss dieser noch eine rechtliche Hürde nehmen, denn nach US-Gesetz dürfen ehemalige Militärs erst nach sieben Jahren in den Regierungsdienst eintreten. Bei Mattis wären im Augenblick des Amtsantritts jedoch erst etwa vier Jahre seit dem Ende seiner aktiven Zeit als Angehöriger der Streitkräfte vergangen.

In seiner Rede auf der Militärbasis Fort Bragg machte Trump ebenfalls deutlich, dass er beabsichtige, das US-Militär ›wieder aufzubauen‹. Dieses sei durch internationale Einsätze überfordert. Anstatt in weitere Kriege zu investieren, beabsichtigt Trump, verstärkt Geld in die Hand zu nehmen, um die marode US-Infrastruktur zu erneuern. Trump liess das Publikum wissen:

«Wir möchten kein Militär, das durch weltweite Einsätze in Gebieten, in denen wir nicht sein sollten, ausgelaugt und erschöpft ist. Das Militär wird nicht länger überfordert werden.»

Trump betonte, dass jede Nation, die seine Ziele teile, als Partner der USA gelten werde. Darüber hinaus erklärt Trump: «Wir vergessen nicht. Wir möchten alte Freundschaften stärken und neue hinzugewinnen. [...] Wir müssen unser Militär aufbauen, aber nicht als einen Akt der Aggression, sondern als Akt der Prävention. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir streben nach einem Frieden durch Stärke.»

Trump ergänzte, dass die ›Politik von Interventionen und Chaos‹ nun ein Ende finden müsse.

Mit seinen Ausführungen knüpft Donald Trump an den US-Wahlkampf an, in dem er stets betonte, dass der Irak-Krieg falsch gewesen sei. Damit stellte er sich offen gegen seinen republikanischen Parteifreund George W. Bush, der die zweite Irak-Intervention der Vereinigten Staaten im Jahr 2003 auf der Basis falscher Behauptungen vom Zaun gebrochen hatte. Innerhalb der Republikanischen Partei galt diese Aussage als Tabubruch. Bei den Wählern hat sie Trump indessen nicht geschadet.

Trump hatte während des Wahlkampfes auch auf Libyen hingewiesen und darauf, dass das Land durch die von der NATO durchgesetzte ›Flugverbotszone‹ zum vermeintlichen Schutz der Zivilbevölkerung einen ›Regime Change‹ mit fatalen Konsequenzen erlebt hatte. Auch diese Intervention habe den internationalen Terrorismus gestärkt, statt ihn zu schwächen, so der künftige US-Präsident.

In Bezug auf den aktuellen und seit Jahren bestehenden Konflikt in Syrien und die Förderung vielfach aus dem Ausland stammender islamistischer Kämpfer durch die USA, aber auch durch verbündete Staaten wie Saudi-Arabien oder Katar, sagte Trump: «Assad ist schlecht, aber vielleicht sind diese Leute schlechter.»

Die von Trump erläuterte neue US-Aussenpolitik beinhaltet auch konstruktivere Beziehungen zur Russischen Föderation. Auch dies hatte Trump bereits während des Wahlkampfes angekündigt, was ihm jedoch von neo-konservativer Seite als Schwäche und verwerfliche Anbiederung an Waldimir Putin ausgelegt wurde.

Nun scheint sich jedoch, wenn auch zögerlich, auch auf Seiten der NATO und deren Bündnispartner die Einsicht durchzusetzen, dass nicht der konstruktive Dialog, sondern vielmehr die konfrontative Rhetorik und Politik des westlichen Staatenbundes gegenüber Russland in eine Sackgasse führte.

So setzte der designierte deutsche Bundespräsident, Aussenminister Frank-Walter Steinmeier bei seiner vorerst letzten Teilnahme an einem NATO-Treffen die Zuhörerschaft darüber in Kenntnis, dass mehr Dialog mit Russland notwendig sei: «Wir werden weiter nach Möglichkeiten suchen müssen, die Eskalation [...] in Grenzen zu halten, oder auch Auswege aus ihr zu finden.»

Aus diesem Grund wolle er für die Einberufung eines neuen Treffens des NATO-Russland-Rates werben. Auch der sonst für seine brüske Rhetorik gegenüber Russland bekannte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg schlug während des Treffens mildere Töne an. Dies freilich nicht, ohne die Verantwortung für die bisher vorherrschende ›aggressive Rhetorik‹ indirekt bei Russland zu verorten: «Ich begrüße jegliche Entschärfung der Rhetorik. Eine weniger aggressive Rhetorik kann der erste Schritt zu einem besseren Dialog sein.»

Der russische Präsident Wladimir Putin, der entgegen diversen Mutmassungen und Behauptungen bislang

jedwede Äusserungen hinsichtlich einer sich anbahnenden Männerfreundschaft zwischen ihm und Donald Trump vermissen liess, begrüsst dessen aussenpolitische Strategie einer gemeinsamen Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Auch in einem weiteren Punkt scheint zwischen den beiden Einigkeit zu bestehen. So erklärte Putin in seiner jüngsten Rede an die Nation:

«Wir brauchen Freunde, aber wir dulden keine Missachtung unserer nationalen Interessen.»

Quelle: <https://deutsch.rt.com/nordamerika/44018-donald-trump-regime-change-usa/>

Friedensforscher Ganser bei Buchvorstellung: «Putin-Bashing ist für mich völlig unverständlich»

Sputnik; Di, 13 Dez 2016 16:14 UTC

«Illegale Kriege: Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren» lautet der Titel des neuen Buches von Dr. Daniele Ganser. Nun war der Historiker und Friedensforscher für einige Buchvorstellungen in Berlin. Sputnik-Korrespondent Bolle Selke traf den namhaften Friedensforscher, um über das aktuelle Politikgeschehen zu sprechen.

Kommentar: Das Buch ist sehr zu empfehlen, genauso wie seine anderen Bücher ...



Alle fünf Vorträge im Kino Babylon waren mit fünfhundert Plätzen jedes Mal ausverkauft. Auch das Buch «Illegale Kriege» ist innerhalb von zwei Monaten bereits in der 4. Auflage erschienen. Der Experte vom Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER) erklärt sich den Erfolg damit, dass das Thema illegale Kriege ein Thema sei, welches die Menschen beschäftige. Viele würden sich wünschen, aus der Gewaltspirale auszuweichen. Das wiederum sei bei der aktuellen internationalen Politikstruktur allerdings nicht so einfach. Unter anderem sei eine Umstrukturierung der Uno längst überfällig.

Leider gehe es aber heutzutage noch viel zu häufig um Macht und nicht um Recht, wie der Historiker am Beispiel des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) erläutert:

«Der ICC ist noch ein sehr junges Gremium und hat jetzt noch nicht einmal seinen 20jährigen Geburtstag hinter sich. Wenn man das mit einem Menschen vergleicht, dann ist er jetzt in der Pubertät. Aber man kann schon von einer Krise sprechen, weil er zu Beginn nur afrikanische Potentaten verurteilt hat. Er wurde aber nicht aktiv, als der amerikanische Präsident George Bush und der britische Premierminister Tony Blair 2003 den Irak angegriffen haben. Obwohl das natürlich ganz eindeutig ein Angriffskrieg war, der gegen die UNO-Charta verstossen hat. **Eigentlich hätten Bush und Blair vor dem ICC in Den Haag erscheinen müssen.** Man hätte ihnen den Prozess machen müssen, aber sie sind einfach zu mächtig. Darum ist das nicht passiert. Die Amerikaner haben sogar explizit gesagt, wenn ihr einen amerikanischen Präsidenten, oder auch einen Offizier vor den ICC bringt, dann werden wir erstens das Urteil nicht anerkennen und zweitens werden wir Kampfflugzeuge, Panzer und Schiffe schicken, um ihn da rauszuholen. Das hat überhaupt nichts mit Recht zu tun, sondern mit Macht.»

Auch die Pläne zu einer Aufrüstung **innerhalb der Europäischen Union** sieht der Friedensforscher **sehr skeptisch**. Die These, dass man im 21. Jahrhundert Probleme der Welt mit Gewalt lösen könnte, teilt er nicht. **Das sehe man in Afghanistan, im Irak und in Libyen.** Das alles sei verbrannte Erde.

Das Nato-Budget betrage schon **900 Milliarden Dollar** pro Jahr. Russland habe einen Verteidigungsetat von **90 Milliarden**. Das Nato-Budget sei also zehnmal höher und der Anteil der USA daran sei 600 Milliarden Dollar. **Dr. Ganser spricht da vom militärisch-industriellen Komplex.** Er führt aus:

«Der Begriff kommt von Präsident Eisenhower. **Der hat in seiner Abschiedsrede davor gewarnt.** Dieser Komplex versucht immer wieder mehr Geld an sich zu ziehen. Ich finde es bedauerlich, **dass Frau von der Leyen hier eigentlich in dasselbe Horn bläst.** Der Leistungsnachweis, was man mit dem Geld gemacht hat, ist **ja absolut jämmerlich.** Wenn man die Länder beobachtet, in denen der militärisch-industrielle Komplex gewütet hat, **dann weiss man, da möchte man seine Kinder auf keinen Fall in die Schule schicken.»**

Auch die aktuelle Russland-Kritik, die aktuell in Medien und Politik vorherrscht, kann der Publizist nicht nachvollziehen. Dieses «Putin-Bashing», das in Deutschland passiere, sei für ihn als Schweizer völlig unverständlich. Er beobachte die Sache ein bisschen aus der Distanz und er könne nur sagen, dass die Wiedervereinigung von Deutschland nur möglich gewesen sei, weil die Sowjetunion ihre Soldaten aus der DDR abgezogen habe – und zwar, wie Dr. Ganser betont, ohne einen Schuss abzufeuern. Deutschland müsse Russland gegenüber dankbar sein. Es bringe auch der deutschen Wirtschaft überhaupt nichts, dass man Sanktionen gegen Russland fahre. Er stellt fest:

«Wenn man über den Teich nach Amerika blickt, dann sieht man, dass Geostrategen wie George Friedman sagen, dass die Deutschen und die Russen sich gegenseitig töten sollten. Man sollte sie aufeinanderhetzen, damit sie viel eigenes Blut verlieren und dadurch schwächer werden. Es ist also nur im Interesse der USA, Deutschland und Russland zu spalten und gegeneinander zu hetzen. Deutschland sollte sich dem nicht unterwerfen, sondern man sollte die Achse Berlin-Moskau freundschaftlich gestalten.

Natürlich sollte auch die Achse Berlin-Washington freundschaftlich sein. Die Achse Berlin-Bern sowieso. Das wird für alle einen grösseren Gewinn abwerfen.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/27248-Friedensforscher-Ganser-bei-Buchvorstellung-Putin-Bashing-ist-fur-mich-vollig-unverstandlich>

Merkel schüttelt in Jena Hände mit Flüchtlingen – CDU-Mann empört:

«Das ist Personenkult – Treten Sie zurück!»

Epoch Times; 3. Dezember 2016 Aktualisiert: 3. Dezember 2016 14:08

Bei einem Auftritt in Jena wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel heftig kritisiert. Ein CDU-Mitglied warf ihr vor, Personenkult zu betreiben. Die Kritik richtete sich gegen die Kanzlerin, weil sie vom Podium gekommen war, um Flüchtlingen die Hand zu schütteln.

Wenige Tage vor dem CDU-Parteitag sieht sich Kanzlerin Angela Merkel in Jena heftiger Kritik ausgesetzt. Mehrere Redner nutzen die Bühne zum Frontal-Angriff auf die Kanzlerin.

Ein CDU-Mitglied empört sich vor allem deshalb, weil Parteichefin Merkel in Jena vom Podium gekommen war, um Flüchtlingen die Hand zu schütteln.

«Was Sie hier machen, ist Personenkult» und «Wir sind nicht in der SED»

«Was Sie hier machen, ist Personenkult», ruft der Christdemokrat, berichtet die Deutsche Presseagentur (DPA). «Wir sind nicht die SED.» Und weiter: «Sie ruinieren die CDU. Treten Sie zurück als Kanzlerin und als CDU-Chefin!»

Er ist nicht der Einzige, der an der Kanzlerin Kritik übt, so DPA. Ein anderer zeigt Unverständnis über die Aussage Merkels, der Islam gehöre zu Deutschland, und kritisiert die Finanzhilfen für Griechenland.

Zum Schluss erklärt er seinen Parteiaustritt, wenn Merkel Spitzenkandidatin der CDU für die Bundestagswahl 2017 werde. Wegen Helmut Kohls Politik sei er in die CDU eingetreten, Merkels Politik veranlasse ihn, der Partei den Rücken zu kehren, so der Kritiker, schreibt die Agentur. Ein anderer Redner spricht von einer Politik des Rechtsbruchs.

Die Kritiker sind an diesem Abend zahlreich. Von ihren Anhängern erntete Merkel aber auch heftigen Applaus. Laut DPA zeigt das Forum, welcher Riss nicht nur durch die Gesellschaft, sondern auch durch die CDU geht seit den Euro-Hilfen und Merkels Flüchtlingspolitik im vergangenen Jahr.

Merkel: «Er ist schon weg? Ach, da kann ich mir ja meine Antwort sparen.»

Die Kanzlerin nimmt die heftige Kritik gelassen entgegen. Als sie einem der Kritiker später antworten will und er den Saal schon verlassen hat, kommentiert sie: «Er ist schon weg? Ach, da kann ich mir ja meine Antwort sparen.» Von ihren politischen Positionen weicht Merkel in Jena nicht ab. Einem jungen Redner, der nach der Zukunft seiner Rente fragt, gibt Merkel laut DPA augenzwinkernd mit auf den Weg: «Sie haben es noch in der Hand, dass ihre Generation wieder mehr Kinder hat.» (so)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/merkel-in-jena-schuetzelt-haende-mit-fluechtlingen-cdu-mann-empoert-das-ist-personenkult-treten-sie-zurueck-a1990679.html?meistgelesen=1>

Freiburger Mord: Politiker warnen vor Stimmungsmache – Wendt: Arrogante «Willkommenskultur»-Vertreter schweigen, während Angehörige trauern

Epoch Times; 5. Dezember 2016 Aktualisiert: 5. Dezember 2016 8:05

Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft sagt: «Dieses und viele andere Opfer würde es nicht geben, wäre unser Land auf die Gefahren vorbereitet gewesen, die mit massenhafter Zuwanderung immer verbunden sind. Und während Angehörige trauern und Opfer unsägliches Leid erfahren, schweigen die Vertreter der «Willkommenskultur».»

Nach dem Mord an der Freiburger Medizinstudentin Maria L. haben Politiker aller Parteien davor gewarnt, die Tat in der Debatte um die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu instrumentalisieren.

Der mutmassliche Täter soll nach Polizeiangaben ein 17-jähriger Flüchtling aus Afghanistan sein. SPD-Chef Sigmar Gabriel sagte gegenüber «Bild» (Montag): «Wir alle sind erschüttert über den abscheulichen Mord in Freiburg. Zuallererst gelten unser Mitgefühl und unsere Trauer der Familie des jungen Mädchens. Die Polizei geht davon aus, dass ein Flüchtling den Mord begangen hat. Ob sich das in den weiteren Ermittlungen bestätigt, liegt in den Händen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz. Ihnen können wir alle in Deutschland vertrauen. Auch deshalb dürfen wir es nicht zulassen, dass diese abscheuliche Tat jetzt für Hetze und Verschwörungspropaganda missbraucht wird. Allen ist klar: Flüchtlinge können genauso furchtbare Verbrechen begehen wie Menschen, die in Deutschland geboren sind.»

Wörtlich warnte Gabriel vor «Volksverhetzung»: «So bitter es ist: Solche abscheulichen Morde gab es schon, bevor der erste Flüchtling aus Afghanistan oder Syrien zu uns gekommen ist. Wir werden nach solchen Gewaltverbrechen – egal, wer sie begeht – keine Volksverhetzung zulassen. Es geht darum, die Täter zu ermitteln, vor Gericht zu stellen und hart zu bestrafen.»

Der frühere Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), sagte: «Die (zu) einfache Gleichung ist faktisch nicht zu bestreiten: Wäre der Täter 2015 nicht ins Land gekommen, würde sein Opfer wohl noch leben. Aber wäre Deutschland verbrechensfrei, wenn kein einziger Flüchtling gekommen wäre? Wohl kaum! Klar ist: Die Täter stammen aus brutal-patriarchischen Gesellschaften und verhalten sich gegenüber Frauen, als stünden sie zur Verfügung. Es wird Generationen brauchen, bis diese Haltung sich ändert und die Menschen in unserer mitteleuropäischen Wertewelt ankommen.»

Der frühere EKD-Ratsvorsitzende, Alt-Bischof Wolfgang Huber mahnte: «Menschengruppen pauschal zu verdächtigen, hilft dagegen nicht weiter. Durch Wachsamkeit solche schrecklichen Taten zu verhindern, wo immer das möglich ist; Gewalttaten, wo immer sie geschehen, konsequent aufzuklären und schnell zu ahnden: das sind die Antworten auf Freiburg. Dafür sind wir ein demokratischer Rechtsstaat.»

CDU-Vize-Chefin Julia Klöckner sagte der Zeitung: «Solche Grausamkeiten werden leider von In- wie Ausländern begangen, das ist leider kein neues Phänomen. Unverständlich, wie ein Mensch zu so etwas fähig sein kann! Man kann niemandem in den Kopf sehen, auch Migranten nicht.»

Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft sagte: «Dieses und viele andere Opfer würde es nicht geben, wäre unser Land auf die Gefahren vorbereitet gewesen, die mit massenhafter Zuwanderung immer verbunden sind. Und während Angehörige trauern und Opfer unsägliches Leid erfahren, schweigen die Vertreter der «Willkommenskultur». Kein Wort des Mitgefühls, nirgends Selbstzweifel, nur arrogantes Beharren auf der eigenen edlen Gesinnung. Die grausame Seite dieser Politik wird abgewälzt auf die Opfer und auf eine seit Jahren kaputt gesparte Polizei und Justiz. Und so wachsen die Gefahren für unser Land beständig.»

CSU-Innenexperte Stephan Mayer: «Ich habe vollstes Verständnis für die Empörung und Entrüstung der Bürger. Dennoch wäre es grundlegend falsch, alle Migranten und Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen. Aber wir müssen in Zukunft wesentlich konsequenter und zügiger ausreisepflichtige Afghanen abschieben. Deshalb begrüße ich es sehr, dass die Bundesregierung mit der afghanischen Regierung ein Rückführungsabkommen abgeschlossen hat, und noch in diesem Jahr ein Sammelflug mit 50 Afghanen stattfinden soll. Insgesamt sind derzeit 12 500 afghanische Migranten ausreisepflichtig.»

SPD-Vize Ralf Stegner erklärte: «Die Freiburger Tat ist ein abscheuliches Gewaltverbrechen. Jetzt entscheidet die unabhängige Justiz. Für die politische Debatte gilt: Weisheiten mit «DIE» sind immer falsch. Es gibt nicht DIE Politik, DIE Deutschen oder DIE Flüchtlinge. So wenig wie alle Flüchtlinge schwarze Schafe sind, sind alle Flüchtlinge lammfromm. Deshalb schauen die Sicherheitsbehörden zu Recht genau hin. Klar ist: Schwerstkriminelle bekommen hier kein Asyl. Klar ist aber auch: Niemand darf Flüchtlinge unter Generalverdacht stellen.» (dts)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/freiburger-mord-politiker-warnen-vor-stimmungsmache-wendt-arrogante-willkommenskultur-vertreter-schweigen-waehrend-angehoerige-trauern-a1991998.html?latest=1>

EU-Kommissar: «Europa braucht weitere 70 Millionen Immigranten in den nächsten 20 Jahren!»

Die EU braucht NULL Immigration

Die EU ist nicht unterbevölkert, sie ist überbevölkert. Die Geburtenzahlen der EU würden, wenn man Europa nicht mit massiver Immigration auffüllen würde, Europa mittelfristig auf jene Bevölkerung einpendeln lassen, die europäische Bevölkerung auf ein gesundes Mass reduzieren würde.

1800 hatte Europa gerade mal 187 Millionen Einwohner. Hundert Jahre später waren es schon 423 Millionen. Heute leben etwa 600 Millionen Menschen in Europa.

Die Folge: In allen mittel- und nordeuropäischen Ländern ist der Erwerb von Grund und Boden für Familien unerschwinglich geworden. Gerade die entwickelten europäischen Länder haben den geringsten Anteil an Wohneigentum. Deutschland bildet darin das Schlusslicht Europas, und ist doch der Zahlmeister für die meisten übrigen europäischen Länder.

In Griechenland, Zypern, Spanien, Rumänien, Slowakei, Litauen, Kroatien, Ungarn oder Portugal besitzen über 80 Prozent der Einheimischen ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung. In Deutschland sind es gerade mal 52 Prozent, in der Schweiz sind es 44 Prozent.

Je dichter besiedelt ein europäisches Land, desto geringer die Wohneigentumsquote. Diese aber ist entscheidend für den Willen eines Paares, eine Familie zu gründen. Wer nicht sicher sein kann, dass er in Zeiten der Arbeitslosigkeit in die Armut abrutscht und seine Miete weiter bezahlen kann, tut sich mit der Gründung einer Familie schwer.

Die geringe Kinderquote Europas ist eine normale Reaktion auf die familienfeindliche EU-Politik

Daher ist die geringe Kinderquote in den europäischen Staaten eine unmittelbare Reaktion auf die europäische Überbevölkerung – und damit kein Zeichen der Dekadenz, sondern eine gesunde und überlebensnotwendige Reaktion auf die sozioökonomischen Verhältnisse im übersiedelten Europa.

Wenn es der Politik tatsächlich um mehr Europäer gehen würde, würde sie Mittel finden, dies hinzubekommen. Aber es geht ihr ganz offensichtlich um die Abschaffung Europas als gewachsenen Kultur- und Wissenschaftskontinent.

Die Agenda ist klar: Schleichende Ausrottung der europäischen Bevölkerungen – und deren Ersetzung durch Kultur- und zivilisationsferne, zumeist islamische Bevölkerungen.

Darüber wurde bereits so viel geschrieben, dass ich hier auf die erneute Nennung der unwiderlegbaren Beweise verzichte.

Die 70 Millionen Immigranten sind nicht ein Plan zur Rettung Europas, sondern zentrales Mittel seiner Vernichtung

Fazit: Die Auffüllung Europas mit 70 Millionen schwarzafrikanischen und aus den islamischen Ländern kommenden Immigranten ist nicht ein Plan zur Rettung Europas, sondern ein perfider Plan zu dessen Vernichtung. Der Genozid an Europa wird – einmalig in der Weltgeschichte – von europäischen Politikern durchgeführt.

Und die Chefstrategen dieses Genozids sitzen im politischen Herz und Hirn des immer noch schillerndsten, wissenschaftlich überragenden und kulturell unvergleichbaren Kontinents selbst: In Brüssel.

Michael Mannheimer, 2.12.2016 BY PROMETHEUS, POSTED ON 29. NOVEMBER 2016

EUdSSR braucht über 70 Mio. Migranten in 20 Jahren

Offensichtlich will die EUdSSR-Mischpoke ihre ursprünglichen Planzahlen zum Genozid der europäischen Völker nach oben korrigieren. Wie es halt so ist, in einer Planwirtschaft. Der «EU-Migrationskommissar» **Dimitris Avramopoulos**, ein Grieche, welcher der gegenwärtigen Vernichtung seines eigenen Landes durch die Internationale Organisierte Kriminalität wohlwollend zusieht, will mehr davon:

Einen nicht unbekanntes, aber selten thematisierten Aspekt der Flüchtlingsthematik brachte EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos am Donnerstag wieder auf die Tagesordnung: «Europa vergreist», erinnerte Avramopoulos vor dem EU-Ausschuss der Regionen (AdR) an die demografische Tendenz des Kontinents. «In den nächsten zwei Jahrzehnten werden mehr als 70 Millionen Migranten nötig sein.»

Quelle: <https://michael-mannheimer.net/2016/12/02/eu-kommissar-europa-braucht-weitere-70-millionen-immigranten-in-den-naechsten-20-jahren/>

Der Krieg gegen das Bargeld eskaliert

2. Dezember 2016 um 9:05 Uhr | Verantwortlich: Jens Berger; Veröffentlicht in: Überwachung, Banken, Börse, Spekulation, Finanzen und Währung, Interviews, Kampagnen / Tarnworte / Neusprech, Lobbyorganisationen und interessengebundene Wissenschaft



Norbert Häring

Der Krieg gegen das Bargeld ist international hervorragend koordiniert. Weniger als eine Woche nachdem die indische Regierung über Nacht die Nutzung von 80 Prozent des Bargelds verbot, erklärte die US-Grossbank Citigroup, sie werde künftig in ihren Filialen in Australien Ein- und Auszahlungen von Bargeld nicht mehr akzeptieren. «Diese Umstellung auf bargeldlose Filialen unterstreicht unser Engagement für den digitalen Zahlungsverkehr», kommentierte Janine Copelin, Chefin für Retailbanking der Citigroup. Nur einen Tag später veröffentlichte die Schweizer Grossbank UBS eine Analyse, in der sie die australische Regierung auffordert, es Indien nachzutun und die grösseren Geldscheine aus dem Verkehr zu ziehen. Was erleben wir hier? Zu dieser Frage sprach Jens Wernicke mit dem Wirtschaftsjournalisten und Autor zahlreicher populärer Wirtschaftsbücher Norbert Häring, der argumentiert, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeobachtet ebneten die Eliten mehr und mehr den «Weg in die totale Kontrolle», an dessen Ende die Bürger ihre soziale Existenz nur noch sicherstellen könnten, wenn die Zustimmung der Mächtigen hierzu besteht.

Herr Häring, in Ihrem inzwischen sehr populären Blog sprechen Sie von einer «neuen Runde im Krieg gegen das Bargeld». Was ist geschehen?

Die Zeitungen sind aktuell voll von Artikeln über Banken, die Geld für Bargeldauszahlungen verlangen, von Bild bis FAZ und auch in Österreich. Dabei wird um Verständnis geworben und teilweise sogar mit falschen Behauptungen operiert. Ein wichtiges Gerichtsurteil, das dieses Tun der Banken eng begrenzt, wird gar nicht erst erwähnt.

In Indien überfallen Regierung und Notenbank ihre Bürger über Nacht mit einem Verbot der Nutzung des grössten Teils ihres Bargeldes und fügen der Wirtschaft damit schweren Schaden zu.

Die Notenbanken entwerfen öffentlich Pläne, Bargeld durch die Förderung digitaler Bezahlverfahren zurückzudrängen und kümmern sich dabei ausdrücklich nicht darum, was die Bürger wollen.

Und die Bundesbank, die bisher zumindest verbal dageengehalten hatte, macht jetzt auch mit und sagt nichts Kritisches mehr.

Das sind alles ziemlich verschiedene Dinge und Weltgegenden. Meinen Sie wirklich, das hätte etwas miteinander zu tun?

Natürlich. Das ist Teil einer globalen Kampagne. Die Notenbanker stimmen sich über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und andere Foren intensiv international ab. Gerade hat eine Arbeitsgruppe der BIZ einen Bericht herausgebracht, in dem die Förderung digitaler Bezahlverfahren zu Lasten des Bargelds propagiert wird. Vorteile und Nachteile der Bargeldverdrängung werden nur aus Sicht der Finanzbranche behandelt. Für die Bürger sehen die Notenbanker nur Vorteile.

Die Bundesbank war in der Arbeitsgruppe gut vertreten. Raghuram Rajan, der bis vor kurzem noch Notenbankchef in Indien war, ist jetzt Vizechef der BIZ und Mitglied in der sogenannten Group of Thirty, in der sich die internationale Grossbankenlobby und Notenbanker hinter verschlossenen Türen abstimmen. Letzteres gilt auch für die prominentesten Vorkämpfer der Bargeldabschaffung, wie Larry Summers, Ken Rogoff und Mario Draghi.

Sie wittern also eine internationale Verschwörung ... der Finanzeliten? Welches Ziel verfolgen diese hierbei und inwiefern ist das von Interesse für Sie und mich?

Verschwörung klingt nach geheimen Plänen. Die Absichten sind aber öffentlich. Was ich zu zeigen versuche, ist lediglich, dass die Hauptakteure nicht unabhängig voneinander und zufällig auf dieses Thema gekommen sind, sondern dass es eine abgestimmte und durchdachte Kampagne gibt.

«Eliten» ist ein Begriff, den man nehmen kann, wenn man es nicht genauer weiss. Es lässt sich aber genauer sagen. Mitglieder der Group of Thirty, Internationaler Währungsfonds, Weltbank, EU-Kommission, von dort kommen die wichtigsten Treiber und Vollstrecker dieser Kampagne.

Für uns ist das wichtig, weil am Ende der gläserne Bürger stehen wird, der ausserdem in Finanzdingen auf Gedeih und Verderb den Banken ausgeliefert ist.

Und in diesem Kontext verorten Sie sogar die Bankgebühren für Barabhebungen?

Allerdings, denn diejenigen, denen das Bargeld am lästigsten ist, sind die Geschäftsbanken, und sie arbeiten intensiv daran, ihm den Garaus zu machen. Wie man nicht zuletzt an dem schon angesprochenen Bericht aus der BIZ sehen kann, verstehen sich die Notenbanken vor allem als deren Interessenwahrer.

Wim Buijter, ehemaliges Mitglied des geldpolitischen Komitees der Bank von England und heute Chefvolkswirt der Citigroup ist dabei eine der Gallionsfiguren der Bargeldabschaffer. Die Citigroup wiederum ist seit langem zusammen mit Kreditkartenfirmen und Datenkraken wie Microsoft in Vereinigungen wie der Better-Than-Cash-Alliance aktiv, die daran arbeitet, Bargeldnutzung weltweit zurückzudrängen, angeblich zur «finanziellen Inklusion», um also vor allem Menschen in armen Ländern ein besseres Leben zu ermöglichen. Der Besser-als-Bargeld-Alliance und ihren Schwesterorganisationen ist der hohe Bargeldnutzungsgrad in Indien schon lange ein Dorn im Auge.

Diese Lobbyorganisationen der Daten- und Finanzbranche arbeiten zudem eng mit den G20 und der IWF-Schwester Weltbank zusammen.

Damit sind wir immer noch nicht bei den Gebühren für Barabhebungen.

Das, was unsere Banken aktuell machen, sind viele kleine, aber wohldosierte Schritte, an deren Ende das Bargeld verschwunden sein soll: Sie machen es kontinuierlich immer schwerer, überhaupt an Bargeld zu kommen.

Zu dem, was in Indien beschlossen wurde, gehört zudem ebenfalls, die Bargeldauszahlung eng zu begrenzen und die Leute zu zwingen, ihr mit Nutzungsverboten belegtes Bargeld bei der Bank einzuzahlen, wo man es über die engen Barauszahlungsgrenzen hinaus dann nur noch für digitales Bezahlen einsetzen kann. Bei uns machen die Banken das nur subtiler und gehen dabei langsamer vor. Die Richtung ist aber dieselbe.

Und wir sind der Frosch im Kochtopf, der gar nicht merkt, dass das Wasser immer heisser wird?

So kann man das sehen. Oder zumindest hätten die Bargeldabschaffer dies gern.

Sie sprachen von einem Gerichtsurteil, das in der Berichterstattung ignoriert werde. Welches ist das?

Im letzten Jahr hat der Bundesgerichtshof seine langjährige Rechtsprechung noch einmal bestätigt, nach welchem nur Bargeld richtiges Geld ist. Das Buchgeld der Banken ist hingegen lediglich ein Versprechen auf Auszahlung von Bargeld auf Verlangen.

Wer also Geld auf der Bank hat, der gibt der Bank einen Kredit, wenn es ein Girokonto ist, einen täglich kündbaren Kredit. Wenn man sich Bargeld auszahlen lässt, kündigt man in diesem Umfang den Kredit. Die Bank als Schuldner hat kein Recht, Geld dafür zu verlangen, dass er dem Kreditgeber sein Geld zurückgibt. Das hat der BGH klargestellt. Allerdings gilt das nur für Bargeldabhebungen im üblichen Rahmen. Wenn also eine Bank nur noch eine kostenlose Abhebung im Monat anbietet, dann ist das mit dem BGH-Urteil nicht vereinbar. Das hätte in die Berichterstattung gehört. Aber nirgends wird die zugrundeliegende Problematik auch nur im Ansatz thematisiert. Stattdessen werden falsche Behauptungen wiedergegeben, wonach die Bargeldnutzung viel höhere Kosten verursache als die Nutzung von Bankengeld.

Wenn Bankguthaben nun aber nur ein «Versprechen» auf Auszahlung von Bargeld ist, was bleibt dann vom Geld übrig, wenn man Bargeld abschafft?

Dann sind die Bürger mit ihrem Geld unentrinnbar dem Bankensystem ausgeliefert, ja, in diesem eingeschlossen, wenn Sie so wollen, und könnten jederzeit enteignet werden, wenn dies nötig erscheint, um eine Banken wieder liquide zu machen, die sich verzockt hat.

Die Notenbanker in der BIZ-Arbeitsgruppe bezeichnen das in ihrem Bericht übrigens uneingeschränkt als Vorteil, genauso wie die andere Folge, dass in diesem Szenario nämlich alles, was wir tun, bedingungslos aufgezeichnet und dauerhaft gespeichert würde, wenn es irgendwie mit Geldausgabe verbunden ist. Das wäre so etwas wie der heilige Gral für die NSA und alle anderen Dienste dieser Welt.

Wie ist es um den Widerstand gegen diese Entwicklungen hin zur Dystopie bestellt? Merken die Leute, was geschieht? Und was tun sie dagegen, was tun wir?

Mein Rechtsstreit um die Barzahlung des Rundfunkbeitrags bekommt extrem viel Aufmerksamkeit. Jetzt muss ich nur noch mehr von den Leuten, die sich zu Recht ganz furchtbar über den übergriffigen Staat aufregen, der ihnen eine unsoziale Kopfsteuer aufbrummt und diese als einen Beitrag tarnt, davon überzeugen, dass sie sich noch mehr über das Vorantreiben der Totalüberwachung und unbegrenzter Bankenmacht ärgern und dagegen vorgehen sollten.

Gibt es vielleicht auch etwas ganz Alltägliches, vielleicht sogar Banales, das jeder von uns tun kann, um den Bargeldabschaffern ein wenig Sand im Getriebe zu sein?

Ja, bar bezahlen, wo immer es ohne grossen Aufwand geht, vor allem auch bei allen öffentlichen Ämtern. Und heftig protestieren, wenn diese sich weigern, das staatliche Geld anzunehmen. Und den Abgeordneten der bevorzugten Partei schreiben, damit sie merken, dass das ein Thema ist.

Ich bedanke mich für das Gespräch.

Norbert Häring, geboren 1963, ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher, zuletzt «Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen: Der Weg in die totale Kontrolle». Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt und betreibt den Blog «Geld und mehr». Der Bestseller «Ökonomie 2.0», den er gemeinsam mit Olaf Storbeck schrieb, gewann den Wirtschaftsbuchpreis 2007. 2014 wurde er mit dem Preis der Keynes-Gesellschaft für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet. Die von ihm 2011 mitbegründete internationale Ökonomenvereinigung World Economics Association hat über 12 000 Mitglieder.

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=36082>

Führen «postfaktische Lügen» zum Realitätsverlust?

03/12/2016 Otmar Pregetter

Postfaktisch: Nicht wissen ist nicht schlimm – nicht wissen wollen ... schon! Es werden – ohne Realitätsbezug, ohne spürbaren Drang zur Vermittlung von dem «was ist» (also der an Fakten orientierten Wahrheit) Launen/Stimmungen bewusst «bewirtschaftet, PR-spin-mässig» vermarktet, erzeugt und stabilisiert. Das Internet dient als Headline-Producer, als phrasendreschendes Medium einer immer grösser werdenden «Nichtwissenwollengesellschaft».

Die Frage, wie man objektives Wissen gewinnt und/oder wie es begründet wird, welche Methoden ein korrektes Abbild der Fakten, der Wahrheit, erst ermöglichen, wird nicht gestellt.

Das führt zum gefährlichen Zustand erkenntnistheoretischer Verantwortungslosigkeit. Das «Sapere aude» Kants – Mut und Wagnis, nach Gründen zu fragen, eine Aussage zu prüfen, ob sie stimmt oder nicht – wird durch den Wissensersatz von Google u.a.m. ad absurdum geführt. Die Demokratie ist der politische Raum, wo das Recht, diese Fragen zu prüfen, stattfindet. Die Zertrümmerung dieses öffentlichen Raumes und damit die Zersetzung der erkenntnistheoretischen Grundlagen, ist gleich der Zertrümmerung der Demokratie per se. Es ist höchste Zeit, für eine klare, rasche Schubumkehr, um diesem sprachlich-verbrämten Duftnebel die Tatsachen und den auf geprüfter Erkenntnis fussenden Befund entgegen zu stellen.

Durch permanentes Wiederholen, Abschreiben und massenmediale Verteilung der «postfaktischen Lügen» sollen systemkritische Menschen, die sich gegen das Establishment auflehnen, wieder als blökende, superbrave Schafe eingliedert und ruhiggestellt werden.

Die so gesteuerte Post-Demokratie ist längst traurige Realität. Nichts beweist dies mehr, als die Argumente gegen die tiefen Motive der Brexit-Befürworter (die man als «Left-Behind» abwertete) und die an den sozial-tektonischen Verwerfungen der «White-Collar-Worker» vorbei gehende Ursachenanalyse der Erdrutsch-Niederlage der Demokraten gegen Trump.

Ich nehme zwei Interviews des «Kurier» von diesem Sonntag her und überprüfe in einigen Passagen den postfaktischen Media-Spin:

1) **Bundeskanzler Kern: «Le Pen würde ganz Europa ärmer machen»**

– KURIER: 2017 wird es neue politische Partner geben, möglicherweise Marine Le Pen an der Spitze Frankreichs. Haben Sie ein Worst-Case-Szenario?

KERN: Wenn in einem Schlüsselstaat der EU die Rechtsdemagogen übernehmen, haben wir ein grosses Problem. Den wirtschaftlichen Schaden, den jemand wie Le Pen anrichten kann, kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Für uns wäre es ein enormer Wohlstandsverlust, Europa und Österreich würden ärmer werden.

Anmerkung: Es geht nicht darum, den FN und Le Pen zu verteidigen, sondern die ‹postfaktischen Lügen und Achterl Wahrheiten› zu analysieren.

Die Prognose Kerns ist emotional und naiv – sie entbehrt jeder auf Fakten basierenden, hochgerechneten Erkenntnis. Betrachtet man den von Le Pen propagierten Austritt aus der Eurozone als Beispiel, **so gaben ihr in der Sache mehr als 40 Nobelpreisträger im August 2014 Recht.**

Sie sagten u.a., dass

... «Die Kosten für den Zusammenhalt der Währungsunion dürften langfristig die Kosten für ein Auseinanderbrechen bei Weitem überschreiten» und

... «Mit dem Euro wird es kein Gleichgewicht an den Arbeitsmärkten Europas geben»; (James Mirlees, Professor für politische Ökonomie in Cambridge);

... «Europa ist intellektuell und in Sachen Einfallstreue bankrott», war die nassforschende Kritik von Edmund S. Phelps, Nobelpreisträger 2006, Columbia University, New York, an der von Angela Merkel gehaltenen Eröffnungsrede.

Dass Kern diese verheerende, menschenunwürdige Entwicklung nicht mal anspricht, zeigt auf, wie wenig er selbst gegenüber der verfehlten Politik der EU und des Euroraums in sachlicher Hinsicht aufzubieten hat.

Nur längst falsifizierte EU-Mantras herunterzubeten, ist weder hilfreich noch zielführend.

– KURIER: Herr Bundeskanzler, in der Politik zählen immer mehr Emotionen. Welche Emotionen haben Sie zu Europa?

Kern: «Ganz positive ... Europa heisst keine Grenzschilder, kein Durchfilzen beim Zoll ... Die Emotionen post Trump führen uns doch deutlich vor Augen, dass Europa eine Wertegemeinschaft ist, die auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde beruht.»

Anmerkung: Allseits bekannt ist das eklatante Demokratiedefizit der EU, wie z.B. die Diktatur der Troika, die nicht demokratisch legitimiert ist, als auch der Bruch der EU-Verfassung (den Christine Lagarde öffentlich im Wall Street Journal 2010 ankündigte) und u.a. das Diktat Trichets (ehem. EZB-Chef) an Zapatero (dam. Regierungschef Spaniens), die Löhne zu senken, sonst gäbe es kein Geld von der EZB.

Erwähnen muss man auch die Gelddiktatur Draghis (früher in den Diensten von Goldman Sachs), der den Griechen vorschrieb, wie viel sie von ihrem eigenen Vermögen je Tag abheben dürfen.

Versteht dies Kern unter ‹Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde›?

– KURIER: Müssen Politiker emotionaler für Europa argumentieren?

KERN: ... «Ich kenne kein einziges von den grossen Problemen – von der Migrationsfrage über Arbeitsplätze bis hin zu unserer Positionierung in einer globalen Welt, Stichwort China –, das wir ausserhalb Europas besser lösen könnten als in Europa. Dass das ein mühsamer Weg wird, ist klar.»

Nun, solche Aussagen sind ein sehr gutes Beispiel für ‹postfaktische Sprechblasen›, die mit der realen Welt draussen wenig gemein haben, zumal

- 1) die EU nicht Europa ist (die Briten stimmten nicht gegen Europa – sondern gegen die EU per se!)
- 2a) die Eurozone nicht der EU entspricht (der Sager Merckels: Stirbt der Euro – stirbt die EU ist hirn- und sinnfrei),
- 2b) Schweden z.B. nicht der Eurozone angehört; das Land hat in fast allen ökonomischen Performance-Indikatoren eine weitaus bessere Bilanz als die EU und die Eurozone aufzuweisen: z.B. **erzielten sie seit 1999 das doppelte Wachstum von Deutschland** – und dies bei einer gesunkenen Staatsverschuldung und einem Anstieg von Löhnen um fast 2%punkte mehr – pro Jahr!
- 3) es kleine Länder ausserhalb der EU, wie die Schweiz, Norwegen und Island, gibt, die eine ungleich positivere ökonomische Entwicklung im Vergleich zur EU/dem Euroraum haben; die Schweiz hat sich über Jahrzehnte als kleines Land auch international – allen postfaktischen Unkenrufen zum Trotz – als Nicht-EU-Mitglied eine starke Position aufgebaut;
- 4) China: Nun macht es keinen schlanken Fuss, gegen China wegen Lohndumping sofort Zölle zu verordnen, wenn man auf der anderen Seite – so wie Kern – den Freihandel propagiert, mal davon abgesehen, dass China noch immer Lohnkosten hat, die um die 60–90% unter jenen Europas und der USA liegen und daher automatisch billiger sein muss.
- 5) Globalisierung: Die EU **hat einen Aussenhandelsanteil** (Exporte in % der Weltexporte) von ca. 33% – rechnet man aber den EU-Intrahandel heraus, so landet man bei ca. 13–14% (USA 9,2%). Fakt ist, dass der ‹Aussenhandel› innerhalb der EU (EU-Intrahandel) annähernd doppelt so gross ist, wie der Warenaustausch mit dem Rest der Welt.

Wieso nun die Globalisierung unbedingt der EU bedarf, ist schwer nachvollziehbar, zumal wiederum die

Schweiz das genaue Gegenteil unter Beweis stellt – dass sich überdies Länder wie Norwegen und bald auch Grossbritannien nicht dem Diktat der EU bei CETA, TTIP usw. unterwerfen müssen, ist ein wesentlicher Vorteil!

Kerns Ansichten spiegeln die Tatsachen nur rudimentär wider.

– KURIER: Es fehlen uns effiziente Entscheidungsmechanismen, das holt uns ein.

KERN: «Das zweite Problem ist die Eurozone. Eine an sich richtige Konzeption, aber man hätte damals den Mut haben müssen zu sagen, wir stimmen die Wirtschafts- und Fiskalpolitik ab. Jetzt haben wir durch den Euro die Disparitäten zwischen Norden und Süden noch verstärkt.»

Anmerkung: Nun – dass der Euro eine «an sich richtige Konzeption ist», da dürfte er so ziemlich allein auf weiter Flur sein, ausser den EU-phorikerinnen, die die Probleme nach fast 20 Jahren immer noch standhaft negieren. Auch dass eine abgestimmte Fiskalpolitik an der Fehlkonstruktion was geändert hätte, entspricht nicht den Tatsachen, weil es keine Korrelation der Fiskalpolitik (Staatsschulden z.B.) mit dem Preis der Währung (Devisenkurs gegenüber dem US-Dollar z.B.) gibt – und ergo auch keine Kausalität gegeben ist!

Auch hier betet Kern nur die Euro-Mantren nach, ohne zu denken.

– KURIER: Stichwort links und rechts. Wo würden Sie sich und die SPÖ verorten? Gerade in einer Zeit, da wir auch vom neuen Biedermeier sprechen, könnte doch gerade eine Partei der Mitte Wähler ansprechen?

KERN: «Ich kann mit der Kategorie links oder rechts in der SPÖ wenig anfangen. Ich sehe mich nicht als Linken und auch nicht als das Gegenteil. Wir versuchen, eine moderne Politik zu machen, die die Notwendigkeiten und Herausforderungen der Zeit abdeckt. Bei der CETA-Frage gab es Länder, die waren sehr skeptisch, sowohl auf der rechten Seite als auch auf der linken. Diese Dinge zerfliessen. Auch zwischen Forderungen von Le Pen und sehr linken Organisationen gibt es erstaunliche Parallelen.»

Nun, dass er mit «linker Politik» nichts anfangen kann, hat er allein durch sein Geschenk an die Banken von 650 Mio. Euro (die Mindestsicherung für die Ärmsten macht ca. 870 Mio aus, pro Jahr) – obwohl diese die grössten Gewinne aller Zeiten einführen! – unter Beweis gestellt. Die Tatsache, dass es ihm nicht gelang, 100.– Euro Einmalzahlung für die Mindestrentner durchzusetzen, unterstreicht seine politische Nullposition.

Dass sich ein sozialdemokratischer Kanzler als jemand darstellt, der mit «links» nichts anfangen kann – ist Fakt und keine «postfaktische Lüge» – immerhin!

Selbstverständlich gibt es einige Bereiche, wo man Kern zustimmen kann. In den wichtigsten und für die Menschen elementarsten Politikfeldern jedoch, zeigen seine Ansichten den anfangs beschriebenen «postfaktischen Trend» auf, mit emotionaler Sprache den Tatsachen keine Beachtung zu schenken: Schade.

2) Haselsteiner: «Die Eliten haben es selbst verbockt»

Ich habe Haselsteiners Interview eher per Zufall gelesen, es bekommt allerdings durch seine finanzielle Unterstützung der «ANTI-ÖXIT-Kampagne» – in den USA würde man dies sehr positiv als «Donation» bezeichnen – eine höhere Aktualität.

Wie sieht bei ihm der «postfaktische Check» aus:

– KURIER: Herr Haselsteiner, befeuern Sie mit Ihrer Kampagne «Kommt Hofer. Kommt Öxit. Kommt Pleitewelle» nicht jene Anti-Establishment-Stimmung, die Trump in den USA zum Wahlsieg verholfen hat? Sie zählen zur Elite des Landes, die dem Bürger sagen will, wie er zu wählen hat ...

HASELSTEINER: «Ich sehe das ganz anders. Meine Kampagne richtet sich zwar gegen den Herrn Hofer. Aber nicht weil er ein Freiheitlicher ... weil er radikal ist, usw. ... Ich bin aktiv geworden, weil Hofer ein erklärter Anti-Europäer ist ... Ich möchte im Rahmen meiner Möglichkeiten darauf aufmerksam machen, dass ein Anti-Europäer Bundespräsident werden könnte. Das wäre ein grosser Schaden für das Land ... Auch ich habe eine Geschichte mit Alexander Van der Bellen und wähle ihn aus Vernunftgründen – und nicht aus emotionalen Gründen.»

KURIER: Welchen Schaden?

HASELSTEINER: «Am Tag nachdem Hofer zum Bundespräsidenten gewählt wurde, gehen die Buchungen im Tourismus um zehn Prozent zurück. Das traue ich mich zu wetten. Arbeitsplätze werden verlorengehen. Die Wirtschaftskammer schätzt bis zu 150 000. Ich möchte die Menschen nur wachrütteln und die Konsequenzen aufzeigen. Meine Hoffnung ist, jene Wähler, die noch unentschlossen sind, für Van der Bellen zu gewinnen. Wenn man nicht zur Wahl geht, dann kommt eben der Brexit oder Trump. Trump ist ein Populist. Das hat er mit Herrn Hofer gemeinsam. Es ist das Wesen des Populismus, sich einen Feind zu suchen: Die Juden, die Reichen, die Einwanderer – wer oder was auch immer. Und wenn sie keinen Feind haben, erfinden sie einen.»

Nun – mit Verlaub: Dass eine Wahl gleich 10% weniger Nüchtigungen bringen wird – WETTEN! – ist ungefähr so sicher, wie wenn ich sage, ab morgen fliesst die Donau stromaufwärts. Dass allein ein ÖXIT gleich 14 Mio. Nüchtigungen weniger bewirken würde – das klingt sehr unwahrscheinlich.

«Den Nettozahlungen von 0,4 Prozent des BIP steht ein langjähriger Wohlstandsgewinn von 7 Prozent, also des 19-fachen gegenüber. Anders gesagt: Ohne EU-Beitritt wären wir heute um 7 Prozent ärmer, wäre die österreichische Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Durchschnitt jedes Jahr um 0,5 Prozent weniger gewachsen, als dies der Fall war», betont **Professor Christian Keuschnigg vom WPZ, dem Autor der Studie.**

Nun – wenn man die 7% durch 20 Jahre dividiert, kommt man auf ca. 0,35% BIP-Verlust pro Jahr – eine Grössenordnung, die man als «statistisches Rauschen» bezeichnen kann. Stellt man dies dem Gewinn etwaig entfallener Nettozahlungen von 0,4% gegenüber, so gleichen sich die errechneten Effekte aus.

So what?

Gemäss der Studie ist für 28% der ausländischen Unternehmen, die bei uns investieren, die EU-Mitgliedschaft «ausschlaggebend». Dies heisst aber, dass es für drei Viertel (72%) der Firmen keine Rolle spielt ...

Sehr seltsam ist es aber, wenn man mit Arbeitsplätzen und der damit verbundenen «Angst» politisch – so wie die FPÖ auch – hausieren geht! Dies ist u.a. deshalb sehr eigentümlich, weil man genau jene «Experten/innen» zu Rate zieht, die weder die grösste Finanzkrise der Menschheit prognostizierten ... sich bei der Vorschau des Wachstums auf 1 Jahr innerhalb von Monaten um das 1–4-fache verschätzen ... aber dann bei Prognosen über einen Brexit/Öxit über 10–20 Jahre punktgenaue Aussagen treffen ... die dann von den Haselsteinern dieser Welt als «todbringende Wahrheit» verkündet werden.

Haselsteiner ist ein gutes Beispiel für die postfaktische Elite.

– KURIER: Wie kann man das Establishment wieder aus der Schmutzdecke herausholen?

HASELSTEINER: «Das zentrale Problem ist ein Verteilungsproblem. Macht, Einfluss und Vermögen sind in den Industrienationen ungleich verteilt. Eine immer grösser werdende Bevölkerungsgruppe hat das Gefühl, dass sie keine faire Teilhabe hat. Daraus resultiert ein grosses Unbehagen: Ich zähle nichts mehr, meine Meinung ist nichts mehr wert, ausser ich gebe sie den Populisten – dann wird meine Meinung wieder aufgewertet. Das ist im Prinzip das Phänomen, an dem die Eliten und die Politik selbst Schuld tragen. Sie haben keine Gelegenheit ausgelassen, ihre Überlegenheit vorzuführen und haben es selbst verbockt usw.»

Ja – die Analyse gibt die Tatsachen wieder, nur stellt sich die simple Frage: Was hat ER in seinem Unternehmen, mit seinen Mitarbeitern/innen getan, um diesem «Trend» – der neoliberalen Agenda – zu widerstehen?

Ist er nicht genau zu dieser Elite zu zählen und somit «Part of the System» gegen das nun immer mehr Menschen aufstehen, weil sie es satt haben, von den Unternehmen ausgebeutet und den Politikern/innen «postfaktisch» ... belogen zu werden?

– KURIER: Eine neue Studie zeigt, dass die soziale Kluft in der EU immer grösser wird. Ein Sechstel ist trotz Vollzeitjobs von Armut bedroht. Ist das Gewinnstreben der Unternehmen ausgeartet und sollten Sie gerechtere Löhne zahlen?

HASELSTEINER: «Wir haben zwei Phänomene: Einerseits müssen wir wettbewerbsfähig bleiben. Der soziale Unternehmer, der mehr verteilt, als er haben kann, tut seinen Mitarbeitern auch nichts Gutes, weil er bald pleite sein wird. Auf der anderen Seite haben wir ein Gewinnstreben, das ohne ethisches Grundgerüst ausgestattet und vollkommen frei gelassen wurde. Es hinterfragt niemand kritisch, ist das noch akzeptabel?»

Anmerkung: Ja, das entspricht diesmal sogar den Fakten – aber prüfen wir diese mal anhand seines Unternehmens (Strabag AG – er hält ca. 25.5% der Anteile):

- **Haselsteiner gilt mit einem Vermögen von 1,3 Mrd. Euro zu jenen Unternehmern, die mit einer der höchsten Dividenden (ca 40% des Nachsteuergewinnes werden ausgeschüttet) bedient werden,**
- die Gagen des Vorstandes stiegen 2014 auf 2015 um ca. 40%, jene **der Mitarbeiter um ca. 2,5%; seit 2011 wurde ca. 3000 Beschäftigte** abgebaut.

Nachdem Haselsteiner meinte: Dass dieses «Gewinnstreben» niemand kritisch hinterfragt, stellt sich die Frage, wieso er nicht als gutes Beispiel voran geht und einfach 1,2 Mrd. seines Vermögens an die Mitarbeiter überträgt (was ca. 16 000.– Euro für jeden ausmachen würde), dann verblieben ihm immer noch 100 Mio. und er wäre weit davon entfernt, als armer Mann zu gelten?

HASELSTEINER: «Wir haben eine Globalisierung zugelassen, haben aber keine globale Politik installiert ... Es gibt keine gemeinsamen Standards für Umwelt, für Soziales, für Arbeitszeit, für Steuersätze. Alles ist nationalstaatlich geregelt und verzerrt den Wettbewerb. Damit hat die an sich gute Entwicklung der Globalisierung, die ohne Zweifel Milliarden von Menschen auf die Gewinnerseite brachte, auch viele Verlierer produziert.»

Anmerkung: Dass es gemäss dem verfassungsmässigen Prinzip der Subsidiarität nationale Lohnnormen und Arbeitszeitregelungen gibt, ist korrekt – was die Konzerne in CETA, TTIP usw. hineinverhandelten, erwähnt Haselsteiner nicht!

Wieso?

HASELSTEINER: «Der Preis der Globalisierung ist für Hunderte Millionen Menschen zu hoch geworden und führte zu Slogans wie: «Make America great again». Wir wollen keine Arbeitsplätze in China – zurück damit in die USA. Diese Fehler nutzen die Populisten nun aus.»

Anmerkung: Auch hier dürfte er einer verzerrten Wahrnehmung unterliegen, denn wenn es die höchsten Gewinne aller Zeiten gibt, dann verlieren immer die Beschäftigten – anders gesagt: Dies hat mit Globalisierung per se nichts, mit der Gier nach Profit und gesunkenen Unternehmenssteuern und Dumpinglöhnen aber sehr viel zu tun.

– KURIER: Ihre Kritiker werfen Ihnen vor, dass Sie in Österreich die Populisten bekämpfen. Mit der Strabag machen Sie in Russland, wo Putin herrscht, gute Geschäfte. Wie passt das zusammen?

HASELSTEINER: «Meine Feinde interpretieren das, was ihnen in den Kram passt ... Ich bin nicht mehr für die Geschäftspolitik der Strabag verantwortlich ... Ein Firmenchef muss politikfern sein ...»

Anmerkung: Oh je, da wurde er wohl am richtigen Fuss erwischt, den die «Putin-Versteher» kritisieren, aber selbst schöne Profite einsacken, das grenzt an «postfaktische Realitätsverweigerung».

Conclusio:

Dem «postfaktischen Media-Spin» wird landauf-landab, tagein-tagaus, egal ob Politiker oder Unternehmer, offen gehuldigt. In elementaren Bereichen – also dort, wo es wirklich zählt, dort wo man in die offensichtliche Lügenblase stechen müsste, um Licht ins Dunkel zu bringen und das «System» in seinen irren Auswüchsen zu verändern usw. – blendet man die Tatsachen eloquent aus. Dabei wird man tatkräftig von den Journalisten unterstützt, die seit Jahren auch in dieser «postfaktischen Tunke» mitschwimmen und so gut wie nichts hinterfragen.

Und so üben sich beide Gruppen in erkenntnistheoretischer Verantwortungslosigkeit und leisten damit einen unrühmlichen Beitrag zur Demolierung der Demokratie, indem sie diesen politischen Raum – wo allen Fragen zu überprüfen sind – nicht ausfüllen wollen ...

Dumm ist nur, dass sowohl der Brexit als auch die USA-Wahlen ein sehr kräftiges Zeichen dafür sind, dass sich die Mehrheit der Bürger nicht mehr belügen lässt und dieser berechtigte Vertrauensentzug sich an den Wahlen niederschlägt.

Tja – wer zu spät kommt, den bestraft das reale Leben.

Haselsteiner: Er ist einer der grössten Bauunternehmer und hat mehr als eine Sperrminorität in der Strabag AG, die seit Jahren in Russland tätig ist und dort gute Gewinne erwirtschaftet. Er ist «Initiator» – in den USA würde man «Donator» (Spender) dazu sagen – der NEOS, einem jungen Ableger der ÖVP, die von ihm finanziell sehr unterstützt wurden, um in das Parlament einzuziehen.

Seine politische Ausrichtung ist eindeutig neoliberal, da besteht kein Zweifel.

Vor einer Woche ca. präsentierte er eine Aktion, die gegen Hofer als Bundespräsident gerichtet ist und die den «ÖXIT» als Aufhänger hat, um Menschen darüber zu informieren, wie furchtbar ein Austritt aus der EU (der politisch eher nicht aktuell ist) wäre. Die «Argumente» lieferte eine bestellte Studie der WKÖ, Wirtschaftskammer Österreich, deren Ergebnisse ich zitierte. Zu dieser Aktion bekannten sich alte Politiker – von der SPÖ bis zur ÖVP –, die die EU-Mantras bis hin zu längst widerlegten Lügen weiter brav herunterbeten.

Die meisten Markt- und Meinungsforscher halten diese Aktion für kontraproduktiv, weil sowohl das Brexit-Referendum als auch die USA-Wahl aufzeigten, dass sich Menschen immer stärker von den «Eliten, dem Establishment» (in den USA meint man mit letzterem Begriff konkret Washington D.C., also die politische Elite) abwenden.

Natürlich war es kein Zufall, dass die beiden Interviews im Sonntags-Kurier – zwei Wochen vor der Bundespräsidenten-Wahl – erschienen sind.

Ich war ob der postfaktischen Sprechblasen einigermaßen erstaunt, weil es aufzeigt, dass weder die Politiker noch die Journalisten etwas aus Trumps Erdrutschsieg gelernt haben.

Von den «Haselsteiners dieser Welt» kann sowieso niemand was Neues erwarten.

Quelle: <http://npr.news.eulu.info/2016/12/03/fuehren-postfaktische-luegen-zum-realitaetsverlust/>

Die ‹Einzelfall-Map›: Deutschlandkarte von Flüchtlingskriminalität übersät

Sputnik; Veröffentlichungsdatum: 06.12.2016, 21:34

Eine Aktivistengruppe hat eine interaktive Übersicht über die in Deutschland begangenen Straftaten von Migranten erstellt. Die Karte zeigt für 2016 insgesamt rund 10000 ‹Einzelfälle›, die in Polizei- und Medienberichten dokumentiert wurden. Dabei soll das nur ein Bruchteil sein. Sputnik spricht mit den Erstellern und einem Bundespolizei-Sprecher.

Die Google-Map zeigt eine interaktive Karte Deutschlands, die von Standort-Markierungen (sogenannten Pins) übersät ist. Jede dieser Markierungen, also quasi jeder einzelne Fall, ist mit einem Presse- oder Polizeibericht verlinkt, den man auch per Klick aufrufen kann. Für eine bessere Übersicht rät Sputnik die ‹Einzelfall-Map› in mehrere einzelne Karten aufzuteilen – um einen bestimmten Unterpunkt auszuschliessen, klicken sie einfach auf die Kästchen mit dem Häkchen in der Tabelle links von der Karte.

Meist werden durch Flüchtlinge oder augenscheinliche Ausländer begangene Straftaten tatsächlich wertneutral als ‹Einzelfälle› dargestellt. Im Grossen und Ganzen sei jedoch alles im Griff – man komme mit der Integration voran, Neuankömmlinge würden keine Probleme mit deutschen Werten haben, geschweige denn massenweise gegen das deutsche Gesetz handeln, berichtet der Grossteil der deutschen Medien. Deshalb könnte die Karte, die Sputnik hier anbringt, für manche Menschen wohl etwas ernüchternd sein.

«Wir betonen, dass dies nur einen Bruchteil der tatsächlichen Übergriffe darstellt, da die Polizei nicht zu allen Fällen eine Pressemitteilung veröffentlicht», schreiben die Ersteller in ihrem Facebook-Account. Dies hänge nämlich damit zusammen, dass die Polizei nicht zu allen Fällen eine Pressemitteilung veröffentlichten und die Medien nicht alle dieser Mitteilungen aufgreifen würden.

Doch spricht die Karte tatsächlich von einem Wachstum der Flüchtlingskriminalität? Kann man sie tatsächlich als Indiz einer schlechten Dynamik ansehen? Unsere Redaktion bittet einen Bundespolizeisprecher, die ‹Einzelfall-Map› zu kommentieren.



«Auf den ersten Blick ergibt sich ein Zusammenhang — da, wo Flüchtlinge untergebracht sind, werden auch Straftaten von Flüchtlingen oder Ausländern verübt. Inwieweit sich das tatsächlich auch auf die Kriminalstatistik übertragen lässt, bleibt abzuwarten. Die Bundespolizei verweist erst einmal darauf, dass es sich um ein privates ‹Projekt› handelt, zu dem keine weiteren Auskünfte gegeben werden», so der Polizeisprecher gegenüber Sputnik. Dass man die fehlenden ‹Auskünfte› banal durch eine Anfrage bekommen kann, zeigt ein kurzes Interview (später wird voraussichtlich ein weiteres veröffentlicht) mit den ‹Einzelfall-Map›-Aktivisten:

«Als Quellen haben wir Polizei- und Pressemeldungen aus den Mainstream-Medien genutzt. Natürlich sind die Pins auf den Karten geographisch gesehen nicht hundertprozentig genau. Die Markierung eines Verbrechens, das in einer Stadt stattfand, wird ganz ungefähr rund um die Stadt gesetzt, aber nicht genau an der Stelle, wo es passiert ist», so die Ersteller.

Man habe sich zwar nicht mit den Polizeibehörden darüber abgesprochen, aber sicherlich sei die Bundespolizei über die Arbeit von ‹Einzelfall-Map› informiert.

Allerdings sei zurzeit der einzige Mensch von der Polizei, der das Thema in der Presse anspreche, ohne es gleich reinzuwaschen, der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt.

«Wir haben diese Karte geschaffen, weil bei der Presse und dem Radio Funkstille herrscht – sie berichten nur selektiv, wollen jedoch nicht die gesamte Katastrophe beschreiben», so die Aktivisten. «Wir haben nicht vor, irgendeine Theorie zu beweisen oder Daten zu erforschen. Wir wollen die Menschen informieren und ihnen

zeigen, wie Deutschland von Merkel modifiziert wird, ihnen zeigen, dass Frauen überall in Deutschland in Gefahr sind, nicht nur in Köln. Und nicht nur Frauen, auch ältere Menschen und Kinder sind mit dabei.»

Man wolle den Menschen nicht vorschreiben, was sie tun sollen, sondern sie lediglich vor der Gefahr warnen, welche um sie herum herrscht.

«Eine der grössten Nachrichten-Shows im deutschen Fernsehen hat soeben den Mord in Freiburg nicht erwähnt. Auch nicht, dass der Mensch, der das Mädchen vergewaltigt und getötet hat, ein Flüchtling ist», schliessen sie.

***Zahlen aus der Karte:**

Sexuelle Übergriffe: Mehr als 1500 Fälle

Vergewaltigungen (darunter versuchte): Mehr als 190 Fälle

Sexuelle Übergriffe in Schwimmbädern: Mehr als 205 Fälle

Raub und Diebstahl: Mehr als 5100 Fälle

Randale, Bedrohung, Diverses: Mehr als 1000 Fälle

Körperverletzung: Mehr als 2700 Fälle

Brandstiftung: Mehr als 110 Fälle

Terrorverdacht: Mehr als 80 Fälle

Mord, versuchte Tötung: Mehr als 300 Fälle

Quelle: Sputnik bzw. <http://de.news-front.info/2016/12/06/die-einzelfall-map-deutschlandkarte-von-fluchtlingskriminalitaet-ubersat-sputnik/>

Das Ende der Alten Weltordnung

Dienstag, 6. Dezember 2016, von Freeman um 07:00

Das symbolische Bild der alten transatlantischen Garde, der Alten Weltordnung, deren Vertreter einer nach dem anderen verschwinden wird oder schon abgetreten ist. Von links nach rechts: James Cameron schon weg ... Barack Obama bald weg ... François Hollande bald weg ... Matteo Renzi fast weg ... nur Merkel ist noch da ... vielleicht, wenn die Deutschen wieder dumm genug sind, sie zum 4. Mal ins Amt zu lassen.



Cameron ist zurückgetreten, nachdem eine Mehrheit der Briten den Ausstieg aus der EU verlangt haben, den Brexit. Obama ist demnächst weg und dabei völlig schockiert, dass er sein Amt nicht Hillary Clinton sondern Donald Trump übergeben muss. Hollande hat vergangene Woche verkündet, er werde nicht für eine Wiederwahl antreten. Sein Beliebtheitswert ist so tief, tiefer wäre unterirdisch. Renzi hat das Referendum über eine Verfassungsänderung am vergangene Sonntag verloren, mit fast 60 Prozent der Italiener gegen ihn. Er hat deswegen seinen Rücktritt erklärt. Nur Merkel wird es noch geben, denn sie hat gesagt, sie will nächstes Jahr zum 4. Mal antreten. Ihre bedingungslose Unterwerfung gegenüber Washington, das Schüren des Hasses gegenüber Russland zum Schaden der deutschen Interessen und ihre katastrophale Einwanderungspolitik zur Zerstörung der Kultur und Gesellschaft, haben sie noch nicht gestürzt, denn es gibt kein Land, wo die Medien die Bevölkerung dermassen steuern und derart gesteuert sind wie in Deutschland. Es gibt auch kein Land auf der Welt, wo die Menschen so bereitwillig Untertanen sind wie in Deutschland.

Ihr solltet euch den Film «Der Untertan» anschauen, eine Verfilmung der DEFA des gleichnamigen Romans von Heinrich Mann aus dem Jahr 1951 von Regisseur Wolfgang Staudte. Er zeigt eindrucksvoll den deutschen Charakter der Unterwürfigkeit vor der Staatsmacht und Staatsführung.

Die Deutschen sind die besten Royalisten, dann die besten Faschisten, die besten Kommunisten und die besten Kapitalisten, je nachdem, wer gerade an der Macht ist und unter welcher Macht sie stehen. Die schwenken ihre Meinung so schnell wie der Wind sich dreht und «Vati» oder «Mutti» von oben es befiehlt!

Das beste Beispiel ist Merkel selbst, die von einer überzeugten Kommunistin, die in der Sowjetunion studieren und in den Westen reisen durfte (nur 100-Prozentige durften das), sich über Nacht zu einer kompletten Arschkriecherin Washingtons verwandelte und deshalb ins Amt eingesetzt wurde.

Deutschland ist mit ihr das verbleibende Hindernis, um die Alte Weltordnung wegfegen zu können, die Atlantikbrücke abzureissen, und endlich eine Achse Paris-Berlin-Moskau-Peking bauen zu können!

Keine Regimewechsel unter Trump

Warum steht als Überschrift: «Das Ende der Alten Weltordnung?» Nicht nur, weil die oben genannten Figuren wegen dem Volkswillen abtreten (ausser Merkel), sondern weil Donald Trump eine sehr wichtige Änderung der zukünftigen Aussenpolitik der Vereinigten Staaten verkündet hat. Er sagte dem Publikum bei seiner Dankes-Tour vergangene Woche in Cincinnati:

«Wir werden eine neue Aussenpolitik verfolgen, die endlich aus den Fehlern der Vergangenheit lernt. Wir werden damit aufhören, Regime zu stürzen und Regierungen abzusetzen ... In unserer Handhabung anderer Länder werden wir wo immer möglich gemeinsame Interessen teilen und eine Ära des Friedens, des guten Willens und des Verständnisses einleiten ...»

Wenn das wirklich die Absicht von Präsident Donald Trump ist, dann wäre das eine mehr als willkommene Abweichung vom bisherigen Pfad der Zerstörung und der Kriege hin zu einer friedlichen Welt. Es würde tatsächlich das Ende der Alten Weltordnung und des amerikanischen Imperialismus bedeuten!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/12/das-ende-der-alten-weltordnung.html#ixzz4S4ALEItX>

Totale Kontrolle: Die USA und das Ministerium für Wahrheit

14.12.2016 • 06:30 Uhr

Fake News und Desinformation beschäftigen nicht nur die Medien. Unbemerkt von der Öffentlichkeit verabschiedete der US-Kongress Ende November ein Gesetz gegen «die mediale Einmischung Russlands». Nun stimmte der Senat für einen weiteren Gesetzesvorschlag.

Das Ende November im US-Kongress beschlossene Gesetz zur Finanzierung der Geheimdienste, der «Intelligence Authorization Act for Fiscal Year 2017» (H.R. 6393), möchte ein Expertenpanel schaffen, das die «verdeckte Einflussnahme durch Russland» unterbinden und Gegenmassnahmen ergreifen soll. Dass dies mitunter in eine regelrechte «Hexenjagd» ausarten kann, zeigt der Fall der «Washington Post».

Die überregionale US-amerikanische Tageszeitung hatte vor einigen Tagen eine Liste mit Internetportalen veröffentlicht, die nach ihrer Meinung «verdeckte russische Propaganda» betreiben. Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung musste die Zeitung jedoch wieder zurückrudern. «Man könne die Zuverlässigkeit der Quellen nicht garantieren» hiess es in einer Stellungnahme.

Nun durchlief ein weiterer Gesetzesvorschlag den US-Senat. Der sogenannte «Countering Disinformation and Propaganda Act». Mithilfe dieser neuen Gesetzesinitiative soll nun eine «Zentrale für Information, Analyse und Reaktion» geschaffen werden. De facto so etwas wie ein «Ministerium für Wahrheit» wie in Orwells Roman «1984». Was nach einer Fortsetzung des Klassikers «Brazil» von Terry Gilliam klingt, ist jedoch Realität und hat weitreichende Folgen. Es geht um einen «Regierungsvorstoss ohne bürokratische Restriktionen», wie man im Gesetzesentwurf lesen kann. Die Aufgabe der neuen «Zentrale für Information, Analyse und Reaktion» soll es sein, Falschinformationen aufzuspüren und einen «faktenbasierten Gegennarrativ» zu verbreiten.

Dafür wird auch eine Kooperation mit NGOs, Think Tanks und regierungsunabhängigen Experten angestrebt. Die Zentrale soll vom US-Aussenministerium geführt werden. Beteiligen sollen sich ebenfalls das Verteidigungsministerium, das Entwicklungsministerium USAID und die Geheimdienste.

Zudem sollen Journalisten, NGOs und Think Tanks finanziell gefördert werden, die Falschmeldungen und Desinformation lokalisieren und analysieren. Es geht also um nichts weniger als die Kontrolle des gesamten Informations- und Nachrichtenflusses in den USA. Das neue Gesetz, sollte es vom US-Präsidenten unterschrieben werden, ermächtigt die US-Regierung, unliebsame Webseiten zu sanktionieren, zu schliessen und strafrechtlich zu verfolgen.

Wie man beweisen will, dass eine Website oder ein Nachrichtenanbieter «fremdgesteuert» oder aus dem Ausland unterstützt wird, geht aus dem Gesetzesentwurf nicht hervor. Man muss sich da schon ganz auf das unvoreingenommene Urteilsvermögen der US-amerikanischen Regierung verlassen.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/nordamerika/44229-totale-kontrolle-usa-ministerium-wahrheit-fake-news-russland-medien-gesetz/>

Über die tatsächliche Motivation der Politik

14. Dezember 2016, dieter; von Philipp A. Mende (freitum)

Der gesamte «professionelle» Politbetrieb dient nur vordergründig dem Wohl von Menschen, die den schicken Labertaschen sämtlicher Parteien letztlich völlig unbekannt sind. Sich angeblich «aus Überzeugung» oder «aufgrund moralischer Überzeugungen» für Klientel A oder B einzusetzen, soll den Anschein eines ehrlichen, um Fremde besorgten, anständigen, kurzum edlen Charakters vortäuschen. Dass der Entschluss, im Gerangel um die Herrschaft über unschuldige Menschen mitmischen zu wollen, alle eben genannten Charaktereigenschaften nicht nur über Bord wirft, sondern ins genaue Gegenteil verkehrt, wird im Folgenden ersichtlich.

Tatsächlich sollte man sich die Spielwiese der Politik wie einen ökonomischen Futtertrog vorstellen, der seinen Mitspielern die ganz «legale» Möglichkeit bietet, die eigenen «Schäfchen ins Trockene zu bringen», ohne hierfür erstens eine produktive Tätigkeit anbieten zu müssen, die von Menschen freiwillig nachgefragt wird, und zweitens jener produktiven oder freiwillig nachgefragten Tätigkeit bis ins hohe Alter nachgehen zu müssen, um sich finanziell abzusichern. Im «professionellen» Politzirkus müssen deren Akteure verhältnismässig kurz «durchhalten», um finanziell ausgesorgt zu haben, wofür wiederum diejenigen aufzukommen gezwungen sind, deren «Wohlergehen» angeblich auf den Agenden politischer Raubritter steht. Oder kurz und knapp: Es geht neben dem Willen zur Macht in erster Linie um Kohle und um nichts anderes.

Grundsätzlich sehe ich nichts Verwerfliches hinsichtlich des Verlangens, viel Geld machen zu wollen. Dieses Verlangen beziehungsweise letztlich Kassieren ist jedoch ethisch an die Freiwilligkeit der zahlenden Kundschaft gekoppelt, da ich mich andernfalls immer in einem logischen Widerspruch befinde. Die Kernmerkmale des Totalitarismus bestehen aus Zwang und initiierender Gewalt. Ein Politiker, der sich erdreistet, totalitäre Strukturen zu verurteilen, selbst jedoch seine Existenz aufgrund eben dieser Strukturen bezieht, handelt widersprüchlich.

Bewegt sich derzeit das monatliche Bruttogehalt fürs «rechtschaffene Tun» im Bundestag zwischen 9.327 Euro und 22.711 Euro mit insgesamt 25 Diätenerhöhungen seit 1977 (damaliges Bruttogehalt: 7.500 D-Mark), so kann man sich natürlich sehr gerne ein paar Jährchen durch diverse Debatten und Talkshows «quälen» – natürlich stets im ach so altruistisch-selbstlosen «Wählerauftrag» – während man im Hinterkopf von der zwangsfinanzierten Privatjacht träumt.

Im Gegenteil: Niemals endende und vordergründig hitzig-engagiert wirkende «Diskussionen» ohne tatsächliche konkret fassbare oder gar hilfreiche, das Leben erleichternde Resultate, die «qualitativ» über die hunderttausendste Restriktion hinausgehen, sind für den stetigen, ethisch bis ins Mark verdorbenen Geldfluss unabdingbare Prämisse.

Das im demokratie-fetischistischen Einheitsbrei schaltende und waltende (treffender: wütende) und dabei noch nicht einmal demokratisch «legitimierte» Europaparlament in Brüssel besteht zu weiten Teilen aus gescheiterten, in der realen Welt alles in den Sand gesetzt habenden Existenzen – allen voran Politikkommissar Martin Schulz –, die als Belohnung ihres inkompetenten Dauerversagens nunmehr ein Leben voller Annehmlichkeiten und Privilegien geniessen dürfen und – als Krönung – sich dabei gegenseitig Lametta ans Revers pinnen. Ohne Kontrolle. Eine Parallelwelt, die jedweden Bezug zur Realität verloren hat. Zwangsfinanziert vom EU-Bürger.

Zusammengefasst sehen die Zahlen im Brüsseler Tollhaus so aus:

Ein monatliches Grundgehalt von 8020,53 Euro brutto.

- Ab dem vollendeten 63. Lebensjahr ein Ruhegehalt von 3,5 Prozent des Gehalts für jedes volle geleistete Amtsjahr.
- Nach Ausscheiden aus dem Parlament ein Übergangsgeld in Höhe der Abgeordnetenentschädigung. «Dieser Anspruch besteht für jedes Jahr der Ausübung des Mandats für einen Monat, mindestens jedoch für sechs und höchstens für 24 Monate.»
- Eine pauschale monatliche Spesenvergütung von 4320 Euro.
- Die Vergütung der tatsächlich entstandenen Kosten der Reisen zum und vom Ort der Parlamentssitzungen beziehungsweise 50 Cent pro Kilometer, wenn die Reise im eigenen Fahrzeug absolviert wird.
- Ein Tagegeld von 306 Euro für jeden Tag der Teilnahme an offiziellen Sitzungen der Gremien des Europäischen Parlaments.
- Die Anstellung von Assistenten auf Kosten der EU bis maximal 21 379 Euro monatlich inklusive Spesen. Maximal ein Viertel dieses Betrags kann auch für Dienstleistungen wie Gutachten von externen Anbietern verwendet werden.

Ehrlichkeit? Empathie? Anstand? Edelmut? Ethik? Sie entscheiden.

Quelle: <http://krisenfrei.de/ueber-die-tatsaechliche-motivation-der-politik/>

Scheidender Premierminister von Litauen räumt ein: Russland-Sanktionen ‹grösster Fehler in meiner Regierungszeit›

Sputnik; Do, 08 Dez 2016 14:23 UTC

Algirdas Butkevicius, Chef der scheidenden litauischen Regierung, hat nun eingeräumt: Russlands Gegensanktionen waren eines der grössten Hemmnisse für seine Regierungsarbeit, wie das Onlineportal ‹vz.ru› berichtet.

Nachdem Russland auf die EU-Sanktionen mit Gegenmassnahmen reagierte, habe auch die litauische Regierung ihre Strategie ändern müssen, bedauert der scheidende Ministerpräsident: «Wir waren **gezwungen, Änderungen in unsere langfristigen, strategischen Programme einzubauen.**» Grund sei ‹die veränderte geopolitische Lage› gewesen, infolge derer Russland die Gegensanktionen verhängt habe.

Butkevicius habe dem neuen Kabinett gewünscht, dass es nicht in eine ähnliche Lage gerate.

Die noch amtierende sozialdemokratische Regierung Litauens war im Oktober abgewählt worden. Sie stellte ein Interimskabinett, bis voraussichtlich nächste Woche das neue Regierungs-Team bestätigt werde.

Im Oktober war berichtet worden, dass die EU ihre Jahresverluste durch die russischen Gegenmassnahmen insgesamt auf bis zu eine Billion Euro schätze. **Demnach zählt Litauen, nominal betrachtet, zu den grössten Verlierern ‹der veränderten geopolitischen Lage›.** Die Verluste des baltischen Staates werden auf 922 000 Euro beziffert. Wenig besser steht Polen da: Die Verluste belaufen sich auf rund 840 000 Euro. **Deutschland folgt auf Platz 3 mit 589 000 Euro Jahresverlust.** Zur Berechnung wurden laut dem Portal allein die unmittelbaren Exporteinbussen und die indirekten Verluste durch Preisverfall auf sanktionierte Waren – etwa Agrarerzeugnisse – herangezogen.

Dass die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen durch Russlands Gegenmassnahmen auf die EU-Sanktionen am meisten betroffen sind, hat laut Portal ein Sprecher des polnischen Aussenministeriums unter Berufung auf das Genfer Institut für internationale Studien und Entwicklung im November dieses Jahres bestätigt. Demnach ist der Anteil Estlands an den Gesamtexporten der EU in Drittländer in 2015 um 12,7 Prozent, der Anteil Lettlands um 10,7 und Litauens um 9,1 Prozent geschrumpft.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27195-Scheidender-Premierminister-von-Litauen-raumt-ein-Russland-Sanktionen-grosster-Fehler-in-meiner-Regierungszeit>

Lachhaft: Hillary Clinton selbst ruft zum Kampf gegen ‹Fake-News› auf

RT Deutsch; Fr, 09 Dez 2016 18:33 UTC

Die Demokratin Hillary Clinton hat vor den Gefahren von Falschnachrichten gewarnt, meldet die Zeitschrift ‹Time›. Sie sprach von einer «Epidemie böswilliger Falschmeldungen und falscher Propaganda, die in den vergangenen Monaten das Internet geflutet hat.» Sie bezeichnete das als eine ‹Bedrohung›, die ‹alle Amerikaner betrifft›.



**„Ihr jubelt über die
Macht der Presse –
graut euch nie vor
ihrer Tyrannei?“**

*Marie von Ebner-Eschenbach,
mährisch-österreichische
Schriftstellerin (1830–1916)*

Clinton zufolge könnten Falschnachrichten reale Auswirkungen haben und Menschenleben bedrohen. Ihre Worte bezogen sich auf den Vorfall in einer Pizzeria in Washington. Ein 28-jähriger Mann hatte dort am Wochenende um sich geschossen, weil er geglaubt hatte, dass Personen aus Clintons Umfeld und deren Wahlkampfteam aus der Pizzeria heraus einen Kinderpornoring betreibe.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27191-Lachhaft-Hillary-Clinton-selbst-ruft-zum-Kampf-gegen-Fake-News-auf>

Deutschland: Medien spielen Vergewaltigungsmorde im Sinne der Regierung runter

Veröffentlichungsdatum: 07.12.2016, 14:42

Die Deutschen Medien reagieren auf die vergangenen Vorfälle. Egal ob Bochum oder Freiburg: An den Universitäten werden die Frauen reihenweise vergewaltigt und Flüchtlinge werden von der Regierung als ‹kulturelle Bereicherer› gelobt. Wer den Tod seiner eigenen Tochter bedauert, die von einem Flüchtling zu Tode gepeinigt wurde, der gilt schnell als ‹Nazi›.

Die Leier von ‹bedauerlichen Einzelfällen› kennen wir bereits und auch die neuen Techniken der Statistik beweisen, dass die Vergewaltigungen in Köln, Freiburg, Bochum und in ganz Deutschland gerade keine Einzelfälle sind, sondern trauriger Alltag. Die Polizei bekam wie ihre Hunde einen Maulkorb verpasst und darf über tote Frauen, die durch Flüchtlinge ermordet wurden, die von der Regierung ins Land geholt wurden, nichts Negatives sagen. Vergewaltigung und Volkstod sind von der Regierung gewollt und werden gefördert. Auf diesen Zug springen auch die Medien auf.

Die Medien finden, dass die Flüchtlinge ‹Nachhilfe im sozialen Verhalten› brauchen und Politikwissenschaftler sehen das Land gespalten. Gespalten wurde das Land von der Regierung Merkel, ihren unverantwortlichen Willkommens-Trip und den Medien, die solche Fälle gerne herunterspielen. Aber auch in Österreich ist es nicht anders. Ein Urteil wurde revidiert, weil ein irakischer Flüchtling ein Kind vergewaltigte. Der arme Iraker konnte durch das Geschrei des Kindes nicht verstehen, was es auf Deutsch gesagt hat, weswegen hier die Volkstod-Richter milde Strafen für Vergewaltigungen vorziehen. Solche und viele andere Einzelfälle werden in Deutschland noch sehr oft vorkommen.

Quelle: <http://de.news-front.info/2016/12/07/deutschland-medien-spielen-im-sinne-der-regierung-vergewaltigungsmorde-runter/>

Der totale Glaubwürdigkeitsverlust der Medien

Mittwoch, 7. Dezember 2016, von Freeman um 17:00

Als ich die Titelseite der neuesten Ausgabe des ‹Time Magazine› sah, musste ich laut lachen. Donald Trump wurde vom amerikanischen Nachrichtenmagazin zum Mann des Jahres erklärt. Gelacht habe ich nicht weil sie Trump dazu bestimmt haben, sondern weil sie innerhalb von nur VIER Monaten eine totale Wende drehten. Verkündet haben sie im August den Zusammenbruch von Trump, im Oktober den totalen Zusammenbruch, und jetzt, im Dezember, ist Trump für sie der Mann des Jahres. Am besten sieht man es in den drei Titelseiten des Blattes ‹Time Magazine› der Ausgaben vom 22. August, 24. Oktober und 6. Dezember 2016.

Dieses Blatt behauptet, Hillary, auf die sie als Siegerin gesetzt haben, habe deshalb verloren, weil die Russen die Wahl mit Hacks manipulierten, wegen der Mails von Wikileaks und weil wir ‹fake news› in Umlauf brachten. Sie wollen immer noch nicht eingestehen, dass der Grund darin liegt, weil Trump die Sorgen und Nöte der Menschen hörte und ihre Sprache gesprochen hat.

Der Angriff der Mainshitmedien auf uns Alternative, wir brächten falsche Nachrichten und seien Propagandaorgane von Präsident Trump und Putin, zeigt wie die sterbenden Medien verzweifelt versuchen, das Meinungsmonopol zurückzugewinnen. Mit ihrer Aktion, uns zu diskreditieren, haben sie den letzten Rest an journalistischer Glaubwürdigkeit verloren. Sie geben sich jetzt noch mehr dem Establishment als Prostituierte hin, die für Geld alles tun und lügen bis sich die Balken biegen.

Sie sind völlig verzweifelt. Wie ein wildes Tier in die Ecke getrieben, schlagen sie um sich, indem sie meinen, alle alternativen Medien zu eliminieren, bevor die Öffentlichkeit erkennt, wie sie von ihnen belogen wird. Diese Beschreibung trifft auch auf ihre Kontrolleure zu, auf die Globalisten, Finanzverbrecher und Kriegshetzer, welche die Welt dominieren, ausplündern und beherrschen wollen. Die Medien sind ihr Werkzeug dazu.

Wer hat uns denn die Lüge verkauft, Saddam Hussein hätte Massenvernichtungswaffen, würde alle seine Nachbarn und Europa bedrohen, und deshalb sei ein Angriffskrieg gerechtfertigt? Es waren die ach so seriösen Profi-Medien!!!

An vorderster Front der Kriegshetze war die ‹New York Times›, das Vorbild aller Zeitungen, von der die Copy-Paste-Artisten abschreiben. Sie hat sich wohl für ihren Verkauf des Krieges entschuldigt, nur das macht die 1,4 Millionen toten Iraker auch nicht mehr lebendig.

Nach dem Brexit-Referendum, der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und der Beendigung des Renzi-Regimes in Italien, ist das Establishment in voller Panik, weiter die Gedankenkontrolle zu behalten, in dem sie uns zensieren will.

Der Fake-News-Angriff ist nur der Anfang der Kampagne, um uns mundtot zu machen und uns verschwinden zu lassen. Am meisten Angst vor den alternativen Medien haben Angela Merkel und überhaupt die deutschen Politiker, weil die Bundestagswahl bevorsteht. Merkel und Co. befürchten die Macht zu verlieren und wollen keine «amerikanische Verhältnisse», wo die etablierten Medien als Nachrichtenquelle ignoriert werden und die Menschen sich immer mehr über die alternativen Medien informieren.

Auch Trump lässt die etablierten Medien links liegen und kommuniziert direkt mit der Bevölkerung über das Internet. Wenn man wissen will, was Trump macht und denkt, muss man nur seine Tweets lesen. Das stinkt den Medienhuren aber so was von gewaltig, haben sie doch ausgedient!

Damit das deutsche Volk nicht auch auf «dumme Gedanken» kommt und einen «Trump» wählt, will Merkel so schnell wie möglich neue Gesetze zur Überwachung von sozialen Netzwerken durchbringen. So fordert sie, Facebook und die anderen Dienste müssen «falsche Nachrichten» innerhalb von 24 Stunden löschen.

Falsche Nachrichten sind dann solche, die nicht vom «Wahrheitsministerium» genehmigt sind. Habt ihr übrigens den Wandel gemerkt? Jahrelang hat man uns vorgeworfen, wir würden Verschwörungstheorien verbreiten. Jetzt wird der Begriff nicht mehr benutzt und wir verbreiten falsche Nachrichten.

Merkel hat tatsächlich behauptet, Russland werde in den Bundestagswahlkampf eingreifen. Die Bundesbürger seien schon heute Internet-Angriffen und Fehlinformationen aus Russland ausgesetzt. «Deshalb kann es sein, dass es im Wahlkampf eine Rolle spielen wird», sagte Merkel.

Gibt es einen einzigen Beweis dafür? NEIN!!! Sie benutzen aber diese Behauptung über eine russische Meinungsmanipulation, um gegen uns vorzugehen. Wenn man der westlichen Märchenerzählung über die Weltgeschehnisse nicht folgt, dann ist man ein russischer Agent.

Die «New York Times» hat nach dem Sieg von Trump Merkel zur neuen «Führerin der freien Welt» erklärt, nachdem Hillary diese Rolle nicht ausfüllen kann. Es ist ihre Aufgabe, «die westliche liberale Demokratie» zu verteidigen. Mit anderen Worten, das perverse, kranke und kriminelle ausbeuterische System für die globale Elite.

«Wir dürfen es nicht zulassen, dass Hass und Falschmeldungen im Netz den Wahlkampf bei uns so beeinflussen, wie dies in den USA scheinbar der Fall war», sagte der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Volker Kauder (CDU), kurz vor dem CDU-Parteitag in Essen.

Deshalb, liebe ASR-Leser, können wir uns darauf gefasst machen, dass diese Seite und viele andere aus fadenscheinigen Gründen bald verschwinden. Das geht ganz einfach und schnell. Es müssen die Googles uns nur nicht mehr in den Suchergebnissen zeigen und die Fratzenbücher unsere Posts und Links nicht mehr bringen. Dann wird eine Schwarze Liste erstellt, auf der alle verbotenen Seiten stehen, auf die die Provider den Zugriff verhindern müssen. Wir werden dann wie die Seiten über Kinderpornografie und die ISIS-Terroristen behandelt.

Das ganze erinnert an die Bücherverbrennung der Nazis, damit das Volk von der Macht verfeindete Seiten nicht lesen kann und die Meinung von staatsfeindlichen Autoren mitbekommt. Dieses Mal werden die alternativen Medien auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

Wird uns die faschistische Tyrannei den Rest an Freiheit wegnehmen? Wird die Wahrheit zu sagen kriminalisiert? Sind die Tage frei zu schreiben und zu sprechen gezählt? Muss man wieder zwei Gesichter tragen, ein politisch korrektes und eines wie man wirklich denkt? Sieht so aus. Wollt ihr euch das gefallen lassen???

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/12/der-totale-glaubwurdigkeitsverlust-der.html#ixzz4ScEDRJWM>

Anteilnahme gegenüber Fremden und Ignoranz gegenüber Deutschen – die neue Medienwirklichkeit

Veröffentlicht am 8. Dezember 2016 von conservo; (www.conservo.wordpress.com); Von Peter Helmes

Über gefälschte Zitate, gefälschte Namen, falsch wiedergegebene Tatbestände usw. habe ich auf diesem Forum schon so oft berichten müssen, dass ich mit dem Zählen kaum nachkomme. Allerdings sind die «guten, alten Zeiten» der einseitigen Medien-«Berichterstattung» längst nicht mehr so rosig wie noch vor wenigen Jahren.

Denn heute informieren sich die Menschen weniger aus der Tagespresse, sondern viel mehr aus Internetplattformen und -blogs. Hinzu kommt, dass inzwischen die Bürger kritischer geworden sind und erkannt haben, dass Medien immer mehr zu Nachrichten- und Meinungs-Manipulation neigen. Es gibt heutzutage weniger «Berichterstattung»; denn die ist eher zur Meinungsmanipulation verkommen. Der Beruf des Journalisten war früher noch hochgeachtet, weil sie (die Journalisten) stets bemüht waren, Distanz zum vermittelten Thema zu zeigen und eine Thematik ausgewogen darzustellen.

Heute sieht man sich eher einer parteiischen, und zwar weit überwiegend linksparteiischen, Medienmanipulation ausgesetzt. Eine nötige Distanz zum Thema fehlt ebenso wie eine Trennung von Nachricht und Meinung. Nur wenige Journalisten betreiben echte Recherche, sondern übernehmen lieber das, was sie aus dem Internet oder von Kollegen erfahren, oder, was viel bedenklicher ist, sie lassen ihren medialen Wunschträumen freien Lauf. Da wird mehr erfunden als gefunden, da wird gerne auch mal gelogen, bis sich die Balken biegen, da werden Statistiken gefälscht oder geschönt, und da werden Kritiker, die der Presse nicht passen, gnadenlos an den medialen Pranger gestellt und öffentlich hingerichtet.

Der Nebeneffekt des journalistischen Links-Gleichschritts: Es bilden sich – natürlich linke – Geistesverwandtschaften, deren Hauptauftrag es zu sein scheint, die Menschheit zum besseren Menschen zu erziehen. Sie sind, um es deutlicher zu sagen, sozialistische Volkserzieher, die den Bürgern beibringen wollen, was gut ist – für ihn und die gesamte Gesellschaft. Und was gut ist, ist das, was der linke Journalist gut findet.

So schnell wird man «Faschist»

Mehr noch: Bürger, die das partout nicht nachvollziehen wollen, werden reflexartig in die rechte Ecke gestellt und wie Ausgestossene behandelt. Das fängt mit der Etikettierung «ein Rechter» an, geht über «rechtsradikal» oder «rechtsextremistisch», bis schliesslich das Wunschetikett der linken Meinungsverbilder erreicht ist: «Der Faschist». Noch einfacher ausgedrückt: Wer nicht links ist, ist ein Faschist.

Der «Aufstand der Anständigen»

Das trifft vor allem diejenigen, die nicht zu Fremden im eigenen Land werden wollen. Sie sollen mit dieser durchsichtigen Masche mundtot gemacht werden, damit die Schleusen für den Massenzustrom noch weiter aufgerissen werden können. Gleichzeitig soll der «Aufstand der Anständigen» (welche linken Politikriminellen damit genau gemeint sind, weiss man nicht) ein Klima der Einschüchterung und der Unfreiheit schaffen, um neue Gesetze zur Einschränkung der Meinungsfreiheit möglichst schnell aus der Schublade holen zu können. Denn wir sind «multi-kulti», und da ist Meinungsfreiheit eher lästig. Multi-Kulti ist für linke Machtfanatiker eine wunderbare Sache. Denn Multi-Kulti hilft nicht nur, die lästige Meinungsfreiheit zu beseitigen – natürlich nur im Interesse der hehren Sache «Toleranz, Akzeptanz und Mitmenschlichkeit» –, sondern schützt die Funktioneliten in Politik, Medien und Konzernen auch vor den Unberechenbarkeiten einer Staatsform namens Demokratie und Rechtsstaat. Wo es, zumindest nach sprachlichen Gesichtspunkten, kein homogenes Volk mehr gibt, entfallen auch alle Formen öffentlicher Machtkontrolle oder demokratischer Meinungsbildungsprozesse.

Das Gegenteil von moralischem Handeln

Die von den Gutmenschen und deren Überwachungspolizei (z.B. Maas/Kahane, aber auch diverse «Leitmedien») geforderte öffentliche Zwangsmoral ist das Gegenteil von moralischem Handeln. Einheimische z. B. mit der Macht eines unerbittlichen Meinungskartells zu zwingen, für die linksverseuchte ARD/ZDF-Propaganda und die Akzeptanz von illegalen Einwanderern zu bezahlen, ist das Gegenteil von Moral. Nur wer die Deutschen von diesem Zwang befreit, hätte das Recht, moralische Forderungen zur Unterstützung anderer zu erheben.

Dieser Wahn soll unsere Gesellschaft zerstören. Wir sind gerade dabei, uns wehrlos den neuen Herrenmenschen auszuliefern, statt zu kämpfen. So entsteht ein neuer Gesellschaftsbrei aus vernetzten Linken, die uns Genderismus, Durchsexualisierung der ganzen Gesellschaft von jung bis alt, Pädophilie und «Religions-Toleranz» – verbrämt «Willkommenskultur» für den Islam genannt – verordnen. Das Ende der bürgerlichen, demokratischen Gesellschaft ist nicht mehr weit. Der Akt der «Befreiung» – deutlicher, der Loslösung von unserer Heimat und unseren Traditionen – liegt dann darin, das allzu menschlich Ungleiche im Namen von Gerechtigkeit und Toleranz einfach für gleich zu erklären.

Die meinen Lesern wohlbekannte kritische (conservo-)Publizistin Barbara Weigel-Hebenstreit sandte mir einen Facebook-Eintrag, der das gesamte Problem plastisch darstellt und somit leicht begreiflich macht:

«Es ist schon grotesk bei uns!»

*Von Christoph J. Lauff **

* Vor der Tür einer Moschee in Dresden explodiert ein Böller. Die Kanzlerin eilt umgehend herbei und drückt dem Imam ihr Mitgefühl aus.

Das finde ich gut, auch wenn der fremdenfeindliche Hintergrund der Tat m. W. niemals belegt wurde.

* Eine junge Türkin wird von einem polizeibekannt gewalttätigen Migranten geschlagen und so schwer verletzt, dass sie stirbt. Tagelang brennen die Lichterketten, die Medien sind voll davon.

Das finde ich auch gut, die damit ausgedrückte Anteilnahme war vielleicht ein kleiner Trost für die von einer Tragödie getroffene Familie.

* Eine deutsche Medizinstudentin wird von einem minderjährigen Asylbewerber vergewaltigt und anschliessend wie ein Katzenjunges zum jämmerlichen Ersaufen in einen Fluss geworfen. Für die öffentlich-rechtlichen Medien ein Fall von regionaler Bedeutung, daher in den Hauptsendungen nicht erwähnenswert.

Das finde ich entsetzlich und der Familie des Opfers gegenüber grausam und unmenschlich.

* Ein Herr Gabriel, seines Zeichens SPD-Vorsitzender, sagt (achselzuckend???), Mord und Vergewaltigung habe es schliesslich bei uns schon immer gegeben.

Das finde ich unmenschlich, denn DIESE Vergewaltigung und DIESER Mord wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht geschehen, hätte es die schrankenlose Grenzöffnung in 2015 nicht gegeben

* Ein Herr Wendt, seines Zeichens höchster Polizeigewerkschaftsfunktionär, spricht Klartext und weist Verantwortlichkeiten zu.

Der ganze ungeheure Zorn der damit aufheulend getroffenen Nomenklatura, von Gabriel bis Stegner, richtet sich gegen ihn. Das setzt dem Ganzen die Krone auf!

Diese Gesellschaft ist krank!

(https://www.facebook.com/babsi.weigelhebenstreit/posts/1300611499989043?from_close_friend=1¬if_t=close_friend_activity¬if_id=1481026532461098 am 6.12.2016)

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2016/12/08/anteilnahme-gegenueber-fremden-und-ignoranz-gegenueber-deutschen-die-neue-medienwirklichkeit/>

Das Wort ‹Umsetzung› kann man streichen Nach der Debatte über die Masseneinwanderung

EU-NO Newsletter vom 8. Dezember 2016

Ein Interview, das am 30. November in der Basler Zeitung erschienen ist. Ständerat Thomas Minder wurde interviewt von BaZ-Redaktor Beni Gafner.

BaZ: Der Ständerat entscheidet heute über die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative ...

Thomas Minder: (unterbricht) ... das Wort ‹Umsetzung› kann man bei diesem Thema gleich aus dem Vokabular streichen, denn umgesetzt wird hier und heute rein gar nichts.

Welcher Vorschlag ist aus Ihrer Sicht bedenklicher – jener von Ständerat Pirmin Bischof (CVP) oder jener von Philipp Müller (FDP)? Bei beiden sollen Arbeitgeber aus Berufsgruppen mit hoher Arbeitslosigkeit inländische Stellenbewerber zum Bewerbungsgespräch einladen und Ablehnungen begründen müssen.

Müllers Konzept ist noch schlimmer als jenes von Pirmin Bischof. Es ist eigentlich falsch, immer vom ‹Konzept Müller› zu sprechen, denn dahinter verbirgt sich ein Schulterschluss zwischen FDP und SP. Man müsste drum vom ‹Konzept Müller/Rechsteiner› sprechen. Ständerat Philipp Müller und sein Ständeratskollege Paul Rechsteiner, der Gewerkschafter, haben sich gesucht und gefunden. Das Bürokratiemonster, das dabei herauskam, ist noch erschreckender als beim Vorschlag Bischof. Pirmin Bischof will in einer ersten Phase keine Anhörungs- und Begründungspflicht für Unternehmen und, wenn alle Stricke reissen, will er immerhin noch eine Klausel, mit der die Bundesversammlung Massnahmen ergreifen könnte. Schlimm sind aber beide Vorschläge.

Weshalb denn?

Beide verletzen die Bundesverfassung in krassester Weise. Wir feiern den Geburtstag der direkten Demokratie ... Es hat aber in der Geschichte unseres modernen Bundesstaats noch nie eine Initiative gegeben, bei der man so weit vom beschlossenen Verfassungstext entfernt war. Deshalb sage ich, dass man das Wort ‹Umsetzung› hier gleich aus dem Vokabular streichen soll.

Entspricht die Nichtumsetzung der Zuwanderungs-Initiative einem Novum oder einem neuen Trend unter Bundespolitikern?

Diese Weigerungshaltung des Parlaments ist für mich der absolute Tiefpunkt meiner fünfjährigen politischen Tätigkeit in Bern. Alle in diesem Haus schwören auf die Verfassung oder sie legen das Gelübde ab – und dieselbe Verfassung lassen dieselben Politiker hier zum Wunschzettel verkommen. Das geht doch so nicht. Ich würde das auch sagen, wenn ich nicht für die Masseneinwanderungs-Initiative gekämpft hätte. Ich habe schon den

Eindruck, dass Volksinitiativen in diesem Haus immer mehr auf die leichte Schulter genommen werden. Das war bei der Zweitwohnungs-Initiative so und bei unserer Abzocker-Initiative ist noch gar nichts umgesetzt.

Was empfehlen Sie als Ständerat, der mit der Abzocker-Initiative im Jahr 2013 knapp 68 Prozent Ja-Stimmen erreichte?

Ich werde von Vertretern aus Initiativkomitees öfters um Rat gefragt, wie Initiativen am besten formuliert werden sollen. Aufgrund meiner negativen Erfahrungen in Bern, was die Umsetzungsbereitschaft betrifft, empfehle ich immer dasselbe: Man muss gleich detailliert formulierte Gesetzestexte in einen Initiativtext schreiben. Und so den Interpretationsspielraum für das Parlament möglichst klein halten.

Bei der vorliegenden Zuwanderungs-Initiative sind aber Kontingente und Höchstzahlen klar festgeschrieben – und doch hält das weder die Mehrheit im Nationalrat noch jene im Ständerat davon ab, genau diese Vorgaben zu streichen?

Man hätte wohl auch die Masseneinwanderungs-Initiative noch klarer und noch zwingender ausformulieren müssen, damit genau dies nicht geschehen kann, was jetzt passiert. Aber es ist schon so – es ist eine ganz erbärmliche Entwicklung, wenn das Parlament trotz klaren Vorgaben durch eine Volks- und eine Ständemehrheit einfach macht, was es will.

Welchen Eindruck nehmen Sie aus den Kommissionsverhandlungen mit, die länger dauerten als sonst?

Ich hatte in fast jeder Minute der Diskussion das Gefühl, die Personenfreizügigkeit mit der EU sei heiliggesprochen. Sie sei das absolute Nonplusultra für unser Land, sie sei die Sauerstoffflasche, mit der die Schweiz am Leben bleibt. Ich sehe es überhaupt nicht so, dass die Schweiz ohne Personenfreizügigkeit nicht mehr funktionieren würde. Unser Land ist derart attraktiv, dass es weltweit immer gute Fachkräfte findet. Man muss doch kein Prophet sein, um sehen zu können, was passieren wird, wenn Kosovo, Mazedonien, Serbien oder die Türkei einmal zur EU gehören. Dann kann nicht wie bisher an der Personenfreizügigkeit festgehalten werden. Diese Freizügigkeit, wie sie sich heute präsentiert, hat keinerlei Nachhaltigkeit. Jedes Land muss die Zuwanderung eigenständig steuern können, beispielsweise um einer hohen Arbeitslosigkeit im eigenen Land entgegenwirken zu können. Dass ein Land selbst bestimmt, wer kommen darf und wer nicht, ist doch beileibe legitim.

Sie wirken ziemlich aufgebracht. Ist das wegen der Niederlage so, die sie heute einstecken werden im Rat?

Nein, das ist mir egal. Ich habe in der Kommission 25 Anträge eingebracht, alle blieben chancenlos. Was mich aber schon ärgert, ist die fehlende Weitsicht des sogenannten «Chambre de réflexion». Man könnte mit einer guten, pflichtgetreuen Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative gleich mehrere schwelende Brandherde im Inland auf einmal löschen. Man könnte mit einem geschickt formulierten Inländervorrang, der eigentlich ein Arbeitslosenvorrang ist, etwa die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. Und die Arbeitslosenquote, die man bei heute 3,2 Prozent offenbar einfach so hinnimmt, wieder auf deutlich unter ein Prozent drücken. So, wie es früher war. Auch andere innenpolitische Baustellen könnten wieder sauber zugeschaufelt werden. Das Parlament vergibt hier eine Riesenchance.

Hat die vorberatende Kommission eigentlich abklären lassen, wie stark sich die Zuwanderung mit den Konzepten Müller/Rechsteiner oder Bischof drosseln lässt?

Nein, das hat die Staatspolitische Kommission nicht getan. Das war gar nie ein Thema, weil zum Vornherein klar war, dass der Effekt null ist. Es gibt weder weniger Zuwanderung noch weniger Arbeitslose – es ist einfach ein Bürokratiemonster. Fertig. So findet man im Modell Müller auch nirgends eine Formulierung, dass die Zuwanderung eigenständig gesteuert oder gedrosselt werden soll. Dasselbe gilt auch für die Modelle Nationalrat und Pirmin Bischof.

Würden Sie gleich kritisch auftreten, hätte Ihr Stand Schaffhausen Nein gesagt zur Masseneinwanderungs-Initiative?

Gottlob bin ich nicht in der Lage, dass ich mich in dieser Frage verbiegen oder splitten müsste, denn mein Stand hat Ja gesagt. Ich bin mir aber sicher, dass ich die beschlossene Verfassungsbestimmung höher gewichten würde als das Resultat in meinem Stand.

Sie üben Kritik an jenen Standesvertretern, die aus Kantonen kommen, die Ja sagten zur Zuwanderungs-Initiative?

Ständeräte sind Standesvertreter. Das ist so. Entsprechend müssten eigentlich die Vertreter jener Kantone, die

Ja sagten, relativ locker hier in den Saal kommen und die Bundesverfassung vertreten, also das Konzept von SVP-Ständerat Peter Föhn. Aber das wird natürlich nicht geschehen. Föhn wird nicht mehr als fünf Stimmen erhalten.

Wie auch immer – eines Tages wird wohl ein Umsetzungsgesetz mit einer Stellenmeldepflicht auf dem Tisch liegen. Würden Sie in diesem Fall ein Referendum unterstützen?

Ein Referendum ist nicht dafür ins Leben gerufen worden, eine Verfassungsumsetzung zu ändern, die aus dem Ruder gelaufen ist. Man geht eigentlich davon aus, dass Initiativen umgesetzt werden. Referenden sind für die Bekämpfung von Gesetzgebungen da, die in diesem Haus beschlossen wurden. Ich würde das Geld im Sack lassen, denn mit einer Annahme des Referendums wären wir wieder bei der Nulllösung von heute. Man wird wohl Geduld haben müssen, bis sich auch hier im Bundeshaus die Erkenntnis durchsetzt, dass die Personenfreizügigkeit kein Heiligtum ist, dass sie Nachteile bringt und dass nicht an ihr festgehalten werden kann, wenn Staaten wie Mazedonien, Serbien und die Türkei EU-Mitglieder werden.

(Das Komitee EU-No bedankt sich bei Ständerat Thomas Minder und bei BAZ-Redaktor Beni Gafner für das Copyright für das hier abgedruckte Interview.)

Quelle: http://eu-no.ch/news/das-wort-umsetzung-kann-man-streichen_141

Neues Kapitel aus 1001 Heuchelei: Ursula von der Leyen und ihr Besuch in Saudi-Arabien

9.12.2016 • 18:08 Uhr

Auf ihrer viertägigen Reise durch arabische Länder macht Ursula von der Leyen zunächst Station beim saudischen Königshaus. Die Bundesregierung möchte die Kooperation mit Saudi-Arabien ausbauen, doch offiziell geht es hauptsächlich um saudische Reformbemühungen, Menschenrechte und Bildung.

Angesichts der äusserst fragwürdigen Reise der Ministerin an den Hof der absolutistischen Monarchie, strickt der deutsche Mainstream aktuell am Märchen der aufrechten deutschen Ministerin aus dem Abendland, die sich bei ihrer Reise für die Rechte der Frauen einsetzt und kein Blatt vor den Mund nimmt, um etwa die Prügelstrafe zu geisseln.

Kaum ein Redakteur scheint sich dabei die Frage zu stellen, warum es ausgerechnet die deutsche Verteidigungsministerin ist, die am Hofe des weltweit womöglich grössten Mäzens des internationalen Terrorismus eine Audienz erhält. Dabei ist es völlig selbstverständlich, dass angesichts der äusserst angespannten internationalen Situation und der zunehmend kritischen Öffentlichkeit die militärischen Komponenten der Reise seitens der Bundesregierung und des saudischen Königshofs nicht an erster Stelle genannt werden.

Vielmehr sollte alles auf einen Dialog über die Situation der Menschenrechte reduziert werden, inklusive Treffen mit jungen Unternehmerinnen oder Gespräche über Reformen im saudischen Bildungs- und Wirtschaftssystem, auch um dadurch Saudi-Arabien unabhängig von Ölexporten zu machen. Das Reformpaket trägt den Namen «Vision 2030» und wurde von US-Unternehmensberatern geschrieben.

Von der Leyen zeigte sich bei ihrem Besuch denn auch bereits aufgrund der Reformbemühungen von ihrer wertebasierten Seite: Wenn Saudi-Arabien eine Zukunft haben will, dann mit diesen Frauen, und dann muss es diesen Frauen auch den Weg ebnen.

Doch Reformen sind nur eine Seite des Königreichs, das mit den Begriffen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit noch wesentlich weniger anfangen kann als die vielgescholtenen «Diktaturen» in Syrien oder etwa dem Libyen unter Muammar al-Gaddafi. Gerade das Beispiel Syrien offenbart dabei die an Heuchelei kaum mehr zu überbietende Doppelmoral deutscher Sicherheitspolitik und aussenpolitischer Rhetorik.

Denn es sind unter anderem die Saudis, die in Syrien islamistische Kampfverbände wie die al-Nusra Front finanzieren und dadurch auch das unerträgliche Leid der Zivilbevölkerung in Aleppo mit zu verantworten haben. Es vergeht jedoch kein Tag, an dem die Bundesregierung und die deutsche Qualitätspresse es versäumen würden, die «Gräuel» der syrischen Regierung und selbstverständlich Russlands «auf das Schärfste» zu verurteilen.

Der in Syrien tobende Konflikt hat viele Facetten, doch eines ist sicher: Es handelt sich auch um einen Stellvertreterkrieg, an dessen Fortsetzung das sunnitisch-wahhabitische Königshaus täglich mitschreibt. Wie es da sein kann, dass Saudi-Arabien fester Partner in der «Internationalen Allianz gegen die IS-Terrormiliz» ist, wird wohl ein Phänomen aus dem Spannungsfeld «westlicher Werte» und geopolitischer Machtpolitik bleiben.

Den eklatanten Widerspruch in der vermeintlich von Idealismus und humanistischen Werten bestimmten

Politik des westlichen Staatenbundes beschreibt auch etwa der Obmann der Linksfraktion im Verteidigungsausschuss, Alexander Neu: Wer Islamismus (Anm. Islamismus) und Dschihadisten unterstützt, kann diese nicht gleichzeitig bekämpfen und für Stabilität und Frieden im Nahen Osten sorgen.

Aufgrund dieser Absurdität mag es auch nicht wirklich verwundern, dass Saudi-Arabien erneut in den UN-Menschenrechtsrat gewählt wurde, wobei es Russland aufgrund seiner «aggressiven Politik» mit erhobenem moralischen Zeigefinger verwehrt wurde. Da scheint es auch keine grosse Rolle zu spielen, dass allein im Jahr 2015 mindestens 158 Menschen in Saudi-Arabien hingerichtet wurden.

Als mutmasslicher Verfechter der Menschenrechte und des Kampfes gegen den Terror, präsentierte Riad der deutschen Verteidigungsministerin auf ihrer Reise nun auch die nagelneue Operationszentrale der «Islamic Military Counter Terrorism Coalition» (IMACT – zu Deutsch «Islamische Militärkoalition im Kampf gegen Terrorismus»).

Diese hat mit der wiederum von den USA angeführten «Anti-IS-Koalition» nichts zu tun, verfolgt aber vermeintlich ähnliche Ziele. Es soll darum gehen, dem sogenannten Islamischen Staat (Anm. Islamistischen Staat) die ideologische und militärische Grundlage zu entziehen. Dies auch unter Zuhilfenahme von Medieninitiativen.

Zur Vorführung der Zentrale erscheint auf dem riesigen Bildschirm anstelle der entsprechenden Region jedoch vor der Verteidigungsministerin eine Landkarte der ebenfalls von islamistischem Terror heimgesuchten Sahelzone. Diese Entwicklung wurde jedoch vor allem durch die NATO-Intervention und dem folgenden «Regime Change» in Libyen katalysiert, bei dem – es bedarf im Grunde keiner weiteren Erläuterung –, auch die Saudis in Form von Ausbildung und Finanzierung al-Qaida-naher Gruppierungen hinter den Kulissen involviert waren. Selbst Mitarbeiter der «Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik» kommen, darauf angesprochen, nicht umhin, Saudi-Arabien als Quelle zu nennen, an der sich radikale Islamisten und Dschihadisten laben. So etwa Sebastian Sons:

Allerdings muss man dazu sagen, dass insbesondere die Ideologie des Wahabismus in den letzten Jahren und Jahrzehnten viele dschihadistische Gruppierungen und Terroristen in der Welt beeinflusst und inspiriert hat. Der afrikanische Kontinent spielt schon seit vielen Jahren eine wachsende Rolle innerhalb der religiös-geopolitischen Ambitionen der Saudis. So auch im seit Jahrhunderten für seine religiöse Toleranz bekannten Mali, wo das Königshaus Moscheen errichtet, in denen die extreme islamische Lehre des Wahabismus verbreitet und gelehrt wird. Auch dieser fragwürdige Einsatz des Königshauses befeuerte den blutigen Konflikt in Mali, zu dessen militärischer Beilegung sich dann Frankreich als Retter in der Not aufschwang.

Saudi-Arabien fördert die extreme Auslegung des Islam auch in etlichen weiteren Staaten Afrikas durch den Bau von Moscheen, Koranschulen und die Ausbildung von Imamen in der absolutistischen Monarchie. Im ostafrikanischen Zwergstaat Dschibuti wiederum wird Saudi-Arabien in absehbarer Zeit eine Militärbasis eröffnen. Es ist aufgrund der Grösse des Staates nicht unwahrscheinlich, dass sich saudische und US-amerikanische Soldaten auf Zuruf bei ihren Militäraktionen werden abstimmen können, denn selbstredend verfügen auch die USA, unter anderem, in Dschibuti über militärische Stützpunkte für den «Kampf gegen den Terrorismus».

Wie die «New York Times» berichtete, finanzierte das saudische Königreich über private Spender darüber hinaus auch die Taliban mit üppigen Geldzahlungen. Damit also genau die «Terroristen», die durch die Bundeswehr und die Ausbildung afghanischer Regierungstruppen seit Jahren vergeblich bekämpft werden.

All diese unappetitlichen Fakten dürften denn auch der Grund dafür gewesen sein, dass der Besuch von der Leyens im Vorfeld nicht an die grosse Glocke gehängt wurde. Stattdessen wird weiter an der Mär von Saudi-Arabien als «Stabilitätsanker» in einer von Terrorismus und allerlei Krisen gebeutelten Region geschrieben.

Doch es ist vielmehr so, dass unliebsame aber stabile Staaten wie der Irak und Libyen im Namen der Menschenrechte «befreit» und zu «failed states», also «gescheiterten Staaten», gebombt wurden, während weit repressivere Staaten wie eben Saudi-Arabien ungestört prosperieren dürfen und durch Wirtschaftsabkommen und Waffenlieferungen stabilisiert werden.

So ist es kein Wunder aus 1001 Nacht, dass auch die deutsche Rüstungsindustrie kräftig am Terror-Staat auf der arabischen Halbinsel mitverdient. Im Jahr 2015 wurden 17 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen erteilt. Der Gesamtwert der Lieferungen stieg von 179 Millionen auf 484 Millionen Euro an.

Unter diesen Exporten finden sich auch Teile für Kampfflugzeuge, die von der saudischen Luftwaffe auch im Jemen eingesetzt werden. Die Luftwaffe der Monarchie greift dabei auch auf Eurofighter und Tornados aus EU-Produktion zurück. Doch auch die USA mischen im Jemen an der Seite der Saudis mit, nachdem diese im Jahr 2015, gemeinsam mit anderen Golfstaaten, eine militärische Intervention im südlichen Nachbarland durchführten. Im Jemen hatten pro-iranische Huthi-Rebellen die el-Hadi-Regierung gestürzt. So schnell werden Rebellen zu Terroristen.

Just der vermeintliche saudische Reformier, mit dem von der Leyen nun in Riad zusammenkam, der 31-jährige Kronprinz Mohammed bin Salman, zeichnet laut <tagesschau.de> auch verantwortlich für den Krieg der Monarchie im Jemen. Laut dem aussenpolitischen Sprecher der Grünen, Omid Nouripour, müssten die Saudis daran gehindert werden, die zivile Infrastruktur des Jemen zu zerstören. Nouripour ergänzte: «Es gibt 370 000 schwer unterernährte Kinder im Jemen aufgrund der Folgen des Krieges.»

Im Grunde erübrigt sich die Frage, warum die westlichen Medien angesichts der durch die USA geförderten saudischen Gräueltat im Jemen schweigen, während sie gleichzeitig fast stündlich über die verzweifelte Situation der Menschen in Ost-Aleppo einseitig Bericht erstatten.

Im Jahr 2015 wurde durch die USA eine «gemeinsame Planungszelle» zur Unterstützung der Saudi-geführten Koalition im jemenitischen Bürgerkrieg geschaffen. Der stellvertretende US-Aussenminister Tony Blinken äusserte sich im April 2015 folgendermassen dazu: «Als Teil dieser Bemühungen haben wir Waffenlieferungen beschleunigt, unsere Geheimdienstzusammenarbeit hat zugenommen und wir haben einen gemeinsamen Planungsraum im saudischen Operationszentrum.»

Auch mit Luftschlägen griff Washington bereits aktiv in den Bürgerkrieg ein. Die Saudis wiederum machten auch von international geächteter Streumunition Gebrauch. Derweil heisst es aus dem Verteidigungsministerium lediglich lapidar, dass von der Leyen «den Krieg im Jemen ansprechen möchte».

Währenddessen wird die Unterhaltung sicherlich Fahrt aufnehmen, wenn es um die bereits im Jahr 2015 seitens der deutschen Regierung angebotene Ausbildung von Offizieren der königlichen saudischen Armee durch die Bundeswehr gehen wird. Ein entsprechendes Abkommen möchte die Verteidigungsministerin bereits in den kommenden Wochen zur Unterschriftsreife bringen. Diese Offiziere könnten dann wiederum, durch die mit deutscher Gründlichkeit vorgenommene Ausbildung, dem saudischen Königshaus im Jemen zweifelhaft aber effektive Dienste leisten.

Darüber hinaus plant Riad offensichtlich auch, eigens für deutsche Berater ein Hauptquartier in der erwähnten schmucken neuen Operationszentrale der «Islamic Military Counter Terrorism Coalition» einzurichten. Es ist müssig darüber zu spekulieren, welchem hehren Ziel die gemeinsame Arbeit dienen wird.

Am Samstag wird der «Tag der Menschenrechte» begangen. Es handelt sich dabei um den Gedenktag zur «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» und sicherlich werden wieder reichlich Krokodilstränen diesseits und jenseits des Ozeans vergossen werden, um «Menschenrechtsverletzungen» anzuprangern. Die eigenen und die der Saudis werden wohl nicht darunter sein.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/44111-von-der-leyen-saudi-arabien-deutschland/>

«Politik gründet auf einem Grundlagen-Irrtum»

Veröffentlicht am Dezember 9, 2016 von *helmut mueller*

Die Religiösen denken nicht – sie haben ihren festen Glauben (seit Urzeiten). Die Politiker denken nicht – sie haben ihre fixen Meinungen (die sie anderen aufdrängen möchten). Die Natur denkt nicht – sie hat ja das gesamte Wissen und Können ... jedoch ... Die Weisen denken – und handeln wie die Natur – nur so wird alles richtig. Heinrich Stauffacher

Ich kenne die Arbeiten des Schweizer Naturphilosophen Heinrich Stauffacher* seit einiger Zeit. Seine grundlegenden Gedanken berühren auch das Miteinander mit anderen Kulturen, und so habe ich ihm angesichts Europas schwerer geistiger und moralischer Krise einige Fragen gestellt, die er mir freundlicherweise nachstehend beantwortet hat. Mögen sie anregend wirken und eventuell auch zur Entgegnung herausfordern.

Sie sind dem Ursprung allen Werdens, Seins und Geschehens auf den Grund gegangen und wollen erkannt haben, dass alle Politsysteme auf einem Grundlagen-Irrtum gründen. Worin besteht nun dieser Irrtum?

H.St.: Der Irrtum besteht im abstrusen Glauben, dass manche Menschen «bessere Rechte» hätten als alle anderen – und dass sie eigene Gesetze machen, und über andere bestimmen dürften. Nun gibt aber das «Ur-Grundgesetz» vor, dass kein Recht ohne eine Pflicht (Gegenrecht) bestehen kann (Modell-Gesetz, aus dem Naturgesetz: «actio = reactio»). Daraus ergibt sich das neutrale, nicht politisch definierte «Fundamentale Menschenrecht und die elementare Menschenpflicht»! Also kann kein Mensch irgendwelche Rechte beanspruchen, wenn er nicht entsprechende Pflichten erfüllt! Das heisst: «Es ist des Menschen erste Pflicht, die Rechte der andern zu respektieren» (und sich nicht einzumischen) ... sonst verletzt er das absolute Grundgesetz, und verwirkt daselbst nämlich Recht für seine eigene Person! Ergo hat keiner ein Recht, in irgendeiner Form über andere zu bestimmen.

Folglich sind Gemeinschaften zu kreieren, wo Jeder gleichgewichtig mitwirken kann – und zwar direkt und permanent! Diese Bedingung wird in der ‹Original Direkten Wirtschafts-Demokratie› und dem identischen Genossenschafts-Prinzip erfüllt: ‹Global Economic Correctness = Individuelle Wirtschaftswahrheit›! Kein Mensch braucht übrigens eine andere als diese neutrale Demokratie-Form – des Weiteren ist auch kein Mensch legitimiert (von wem denn auch?), andere Menschen zu legitimieren, in irgendeiner Form über Dritte zu bestimmen –, das wäre weder direkt – noch urgesetzlich korrekt!

Sie sagen, das Leben sei kein Wunschkonzert. Was dann?

H.St.: Wünsche sind die mildeste Form von Forderungen, und diese wiederum die mildere Form von unrechtmässiger Aneignung, Erpressung, Diebstahl, Raub, usw.! Alle Formen sind gegen Dritte gerichtet (also zweifelhafter Natur, wenn etwa die ‹Wünsche nicht freiwillig erfüllt werden› dürfen). Die Natur hat den Menschen mit allen erforderlichen Fähigkeiten ausgestattet, um selbständig überleben zu können. Da jeder Mensch dieselben Rechte hat, darf jeder auf Gegenrecht bestehen, und seine Wünsche dem andern direkt entgegenstellen (‹actio = reactio›).

Wo kämen wir da sonst hin, wenn jeder von jedem nur noch ‹wünschen› könnte?! Statt nur profitieren zu wollen, muss jeder seine Sache selber machen, und zwar wie jedes Geschöpf grundsätzlich als quasi ‹Selbstversorger› (das Leben ist kein Wunschkonzert, sondern ein eigenständiges ‹Arbeiterorchester›). Wer es allein nicht schafft, muss primär von seinen leiblichen Angehörigen versorgt werden (von Dritten nur auf freiwilliger Basis).

Eine integre Gemeinschaft betreibt und reguliert sich selbst (Oasen-Prinzip), und sie ist auch die beste und günstigste Lebensversicherung (Leistung/Gegenleistung im Miliz-System). Wo Jeder sein naturgesetzliches ‹Anlagevermögen› unbelastet selbst bewirtschaften kann, gibt es für niemanden einen Grund, von andern irgendwas zu fordern: ‹Selbermachen, lautet die Devise›! (‹Wünsche› sind der Beginn egomaner Politik – und parteiische Politik ist grundsätzlich unredliche ‹Vorteils-Beschaffung›. Politik und Korruption sind Schwestern – und die Lobbyisten ihre Brüder!)

Wir erleben also in gesellschaftlicher Hinsicht eine Fehlentwicklung?

H.St.: Der ‹Lauf der Dinge und der Zustand der Welt› sind die Folgen und der Beweis für Fehlentwicklungen im Dasein der Menschen. Dabei ist das Geschehen nicht ein natürliches, sondern letztlich ein nur auf ‹Besitzdenken und Grenzziehungen› gewisser Menschen zurückzuführendes – ‹so ist Politik ‹erfunden› worden›. Doch politisches Denken und parteiisches Handeln wirken trennend, spalten die Menschheit in multiple Fraktionen, was schliesslich die Ursache sämtlicher Konflikte, Krisen, und sogar Kriege ist! Gibt es noch jemanden, der widersprechen würde – oder es gar zu bestreiten wagte ...?

Geographisch werden die Spaltungen durch politische Grenzen manifest – und Konflikte durch gewaltsame Verschiebungen derselben. Nun hat Jean-Claude Juncker, seines Zeichens EU-Kommissionspräsident, am EU-Forum 2016 in Alpbach gesagt: ‹Grenzen sind die schlimmste Erfindung, die Politiker jemals gemacht haben› (Zitat)! Es gibt jedoch nicht nur geographische, sondern noch ganz andere Grenzen, welche nur durch Politik definiert werden: ‹Gesetze, Bestimmungen, Verordnungen, ja sogar Verbote›, usw., denen das gemeine Volk zu folgen hat! Dabei ist das Urgesetz die absolute Referenz, wie sich die Menschen – gegenüber sich und der Natur – zu verhalten hätten, das kann niemand toppen!

Die Politiker versuchen es trotzdem immer wieder, und sie schreiben damit die Fehlentwicklungen munter fort! Sie machen es eben nach ihren Präferenzen, statt im Interesse einer allgemein höheren Daseins-Kultur. Unsere erbärmliche Kultur ist politischer Fehl-Bildung anzulasten, die eine neutrale, natürliche Erziehung (sprich ‹Kultivierung›) der Menschen bewusst verhindert.

Ihrem gesellschaftspolitischen Ideal entspricht das Original Genossenschaftliche System, also die Direkte Demokratie. Wie sehen Sie die Schweiz in diesem Zusammenhang heute?

H.St.: Die ‹Ur-Schweizerischen Eidgenossenschaften› wurden bald nach ihrer Gründung ‹re-politisiert›! Ein parteiisches Polit-Regime trat schleichend an die Stelle früherer Feudalherrschaften und Vögte. Das war nie im Sinn und Geist der Gründerväter, die eine Direkte Demokratie pflegen wollten (Definition ‹Demokratie = Herrschaft des Volkes› ... und jeder Mensch ist Volk)! Unter dem Vorwand, bzw. mit der Behauptung: ‹Nur wer ein geeignetes Netzwerk hat, kann ein Volk führen und ein Staatswesen betreiben›, installierten sie ein neues Polit-System in der befreiten Schweiz.

Heute zieht jenes Argument allerdings nicht mehr, indem dank dem Stand der technischen Entwicklungen (Computer u. IT), alle Menschen in einem Netzwerk verbunden sein können. So ist es jetzt möglich, ein ‹Demokratie- Netzwerk› aufzubauen, und es durch die Bürger selbst zu betreiben (analog Soziale Netzwerke):

«Ein «Revival» der Ur-Schweizerischen Eidgenossenschaften ist machbar», in der Form einer zeitgemässen, modernen Techno-Demokratie! Durch Individual-Wirtschaft kann auch die individuelle Wirtschaftswahrheit erzielt werden: Die «Global Economic Correctness» – nicht nur virtuell, sondern praktisch!

Und wie sehen Sie Europa?

H.St.: Alle Wirtschafts-Systeme, vom kleinsten «Personen-/Familien-Haushalt» bis zum grössten «Staats-/Unions-Haushalt», müssen konsequent nach dem «Funktions-Modell für ökologisch/ökonomisches Haushalten und Wirtschaften» betrieben werden: «Oasen-Prinzip»! Das Modell-Gesetz ist global gültig – das Ur-Prinzip zieht sich wie «der rote Faden» durch alle natürlichen Entwicklungen. Und wenn Jean-Claude Juncker selber erkannt hat, dass «Grenzen die schlimmste Erfindung seien, die Politiker je gemacht hätten», dann wird er doch wohl auf eine «grenzenlose Welt» hinarbeiten – also auf eine «unpolitische, bzw. politisch neutrale Wirtschafts-Demokratie» ...!

Dazu eine Anmerkung – und das passende Schlußwort: Die Welten sind nicht von Politikern geschaffen worden, sondern vom «Stammvater der Kreature»! Parteiische Politiker schaffen nur Probleme – sie sind die wahren Problemverursacher, doch nicht die Problemlöser (schließlich ist Politik die Geschäfts-Methode zur einseitigen Vorteilsbeschaffung ...)!

Es ist nicht entscheidend, welche Partei falsche Politik macht, entscheidend ist, dass jegliche parteiische Politik falsch ist! «Gesetze brauchst du nicht, sie kämen denn von innen. Die ganze Weisheit heisst: Sich auf sich selbst besinnen ...» (Carl Spitteler)

***Heinrich STAUFFACHER** – Daseins-Forschung u. Gesellschafts-Entwicklung / Prakt. Natur-Philosoph in: «Ur-sprungs-Philosophie – Natur-Gesetzmässigkeiten in Staats- & Gesellschaftswesen» / empfiehlt ein «Politik-Verbot – für den globalen Frieden» (weil parteiische Politik, respektive die Torheiten ihrer Exponenten, die alleinige Ursache für sämtliche Konflikte, Krisen und Kriege in aller Welt sind; im kleinen wie im grossen!): Homepages: www.swiss1291new.org / www.neokultur.ch / www.politik-verbot.org

Quelle: <https://helmutmueller.wordpress.com/2016/12/09/politik-gruendet-auf-einem-grundlagen-irrtum/>

Bush wegen Führen eines Angriffskriegs verklagt

Sonntag, 11. Dezember 2016, von Freeman um 12:05

Am Montag den 12. Dezember ist es soweit. Die Klage der Irakerin Sundus Shaker Saleh gegen Georg W. Bush wird zum ersten Mal vom 9. Appellationsgericht der Vereinigten Staaten in San Francisco im Gerichtssaal von den Richtern Susan Graber und Andrew Hurwitz sowie Richard Boulware angehört. Saleh behauptet, Mitglieder des Bush-Regimes haben das Gesetz gebrochen, in dem sie einen Angriffskrieg gegen den Irak geplant und durchgeführt haben, ein Kriegsverbrechen, das laut Urteil des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess das «grösste internationale Verbrechen» überhaupt darstellt.



Als weitere Angeklagte werden neben dem ehemaligen Präsidenten Bush, Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, Aussenminister Colin Powell und der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz beschuldigt, sich gemeinsam verschworen zu haben, einen Krieg gegen den Irak zu führen.

Die Klägerin Sundus Shaker Saleh behauptet, die Beklagten hätten den Krieg mit ihrem PENAC-Dokument bereits 1998 angekündigt und geplant. Sie nutzten die Terrorangriffe des 11. September 2001 aus (das neue Pearl Harbour), um durch Angstmacherei und bewusste Desinformation die allgemeine Unterstützung für die

Invasion zu gewinnen. Die Klageschrift argumentiert, die wahre Absicht des Krieges 2003 sei gewesen, im Irak gewaltsam einen Regimewechsel umzusetzen

Der Krieg war demnach nicht als Akt der Selbstverteidigung notwendig, weder wegen einer Gefahr gegen die Vereinigten Staaten oder gegen einen Alliierten, noch vom US-Sicherheitsrat autorisiert, oder durch irgendwelche andere relevante internationale Abkommen gedeckt. Die Beklagten sollen deshalb wegen Verbrechen gegen das irakische Volk und gegen den Frieden bestraft werden, wird vom Gericht verlangt.

«Wir sind erfreut, dass das 9. Appellationsgericht unsere Argumente anhören wird. Soviel ich weiss, wird zum ersten Mal ein Gericht die Argumente anhören, der Irakkrieg war unter inländischem und internationalem Recht illegal», sagte der Anwalt von Saleh, D. Inder Comar. «Es ist auch das erste Mal seit dem II. Weltkrieg, dass ein Gericht untersuchen soll, ob der Krieg einen illegalen Akt der Aggression darstellt – ein besonders schweres Verbrechen – wie im Nürnberger-Verfahren 1946 definiert wurde.»

Comar stellt sich gratis als Anwalt für Saleh zur Verfügung. Aufnahmen aus dem Gerichtssaal werden auf dem Kanal des Gerichts live auf Youtube gestreamt, mit Beginn der Übertragung ab 9:00 Uhr Westküstenzeit, wobei der Fall «Sahel gegen Bush» als letzter am Vormittag behandelt wird.

Im Dezember 2014 hat das Gericht die Klage von Saleh zunächst mit der Begründung abgelehnt, die Beschuldigten würden als ehemalige Regierungsmitglieder der Immunität wegen ihrer Amtstätigkeit unterliegen. Saleh hat die Immunität bestritten und argumentiert, die Planung und das Führen eines Angriffskrieges gegen den Irak falle ausserhalb die legalen Aufgaben eines Präsidenten und der anderen Beklagten.

Die nächste Klage wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann man gegen Barack Obama und Hillary Clinton führen, denn sie haben die Politik der Angriffskriege wegen Regimewechsel von Bush fortgesetzt, gegen Libyen und Syrien. Der gewaltsame Putsch gegen die gewählte Regierung in der Ukraine und Einsatz eines korrupten Nazi-Regimes nach Washingtons Gnaden gehört auch dazu!

Und dann gibt es noch die Killerdrohnen, die gezielt Menschen in Nordafrika und Zentralasien ermorden, in Jemen, Somalia, Pakistan und Afghanistan. Dann die geheimen CIA-Gefängnisse, die Folter von Gefangenen, und Guantánamo ist immer noch in Betrieb. Jeder Fall für sich genügt für eine sehr lange Verurteilung!

Der Ordnung halber, Donald Trump hat sich 2003 gegen den Irakkrieg ausgesprochen und ein sofortiges Ende und Verlassen der US-Truppen verlangt. Es sind 13 Jahre vergangen und die US-Soldaten sind immer noch dort: Und hier die Ansprache von Hillary Clinton 2002 vor dem Senat. Sie war für den Krieg gegen den Irak, weil, wie sie sagte, Saddam chemische und biologische Waffen hat und an der Atombombe baut, dazu noch die Terroristen der Al-Kaida beherbergt ... alles Lügen!

Die gleichen Lügen über Saddam Hussein hat übrigens auch Merkel 2002/03 behauptet, und sie war auch für den Angriffskrieg ... nur Schröder war dagegen!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/12/bush-wegen-fuehren-eines-angriffskrieg.html#ixzz4ScPijl84>

Grenzenlose Heuchelei: Pentagon-Chef beschuldigt Russland der «Anstiftung des Bürgerkriegs» in Syrien

von Noch.info · Veröffentlicht 11/12/2016 · Aktualisiert 11/12/2016

Der Chef des Pentagon Ashton Carter kritisierte Russland während eines Treffens mit dem US-Militär scharf für die Situation in Syrien, berichtet RIA Novosti. «Die Russen sagten, dass sie nach Syrien kommen, um gegen den Terrorismus zu kämpfen und mit Hilfe seines historischen Einflusses die politische Beendigung des Bürgerkriegs zu erreichen ... Aber was sie sagten und was sie taten, das sind völlig verschiedene Dinge» – so der Leiter des amerikanischen Verteidigungsministeriums.

Carter beschuldigte Russland der Anstiftung des Bürgerkriegs in Syrien. «Stattdessen entfachen sie den Bürgerkrieg, einschliesslich Gewalt, was wir in den letzten Tagen sehen. Die Russen schüren Extremismus», sagte der Minister.

Laut Carter «haben die Handlungen Russlands keinen Einfluss auf die Kampagne der USA gegen die Terrorgruppe «Islamischer Staat» (Anm. Islamistischer Staat), sondern verlängern nur den Bürgerkrieg im Land».

Offiziell liest sich das US-Engagement in Syrien so: US-Verteidigungsminister Ash Carter habe am Samstag erklärt, man sende 200 weitere amerikanische Soldaten nach Syrien, damit diese dort vornehmlich die Kurden in ihrem Kampf gegen ISIS unterstützen könnten.

Die US-Soldaten seien «Spezialkräfte» heisst es. Was immer das auch sein soll. Kritiker monieren, dabei handle

es sich vorwiegend um kämpferische Special Agents mit der Fähigkeit, militärische Konflikte schön weiter anzuheizen, beispielsweise durch Anschläge im gegnerischen Lager (also wohl vor allem unter russischen und syrischen Truppen).

Laut Moskau: USA scheitern in Syrien und machen Russland dafür verantwortlich.

«Es sieht so aus, als ob Washington seine Verpflichtungen zur Verbesserung der humanitären Lage der Einwohner von Aleppo einfach nicht erfülle», sagte die Sprecherin des russischen Aussenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber dem russischen TV-Sender «Erster Kanal». «**Und nun versuchen sie, die Verantwortung dafür auf andere abzuwälzen.**» Dabei, so die Sprecherin, seien diese Vereinbarungen von Washington selbst konzipiert worden.

Quelle: <http://noch.info/2016/12/grenzenlose-heuchelei-pentagon-chef-beschuldigt-russland-der-anstiftung-des-buergerkriegs-in-syrien/>

Offener Brief an Merkel, Gabriel und Steinmeier

11. Dezember 2016 dieter

Verletzungen der Menschenrechte! (Die Netzfrauen)

Am heutigen Tag der Menschenrechte wenden wir uns an Kanzlerin Merkel, Wirtschaftsminister Gabriel und Aussenminister Steinmeier bezüglich der Menschenrechte.

Kaum jemand von uns würde sich wissentlich mit Mördern, Folterern oder Kriegstreibern zum Essen an einen Tisch setzen.

Unsere Politiker tun dies häufig, auf Staats- und somit auf unsere Kosten. Sie tun das, um zu verhandeln und Abkommen auszuarbeiten, die uns betreffen. Und sie tun es, um in unserem Namen Geschäfte zu tätigen – mit Nationen, denen Menschenrechte am Allerwertesten vorbeigehen.

Sollte es nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen, die Welt ein Stückchen besser und menschlicher zu machen für uns, unsere Kinder und alle weiteren nachfolgenden Generationen?

Fordern wir unsere Politiker – hier vertreten durch Frau Merkel, Herrn Gabriel und Herrn Steinmeier – auf, endlich Verantwortung zu übernehmen ...

Sehr geehrte Frau Merkel,

sehr geehrte Herren Gabriel und Steinmeier,

wir sind empört über Ihr politisches Gebaren und Ihre Gleichgültigkeit, die Sie augenscheinlich den Menschenrechten entgegenbringen.

Als die im Auftrag der deutschen Regierung Agierenden sollten Sie sich zukünftig mehr Gedanken darüber machen, mit welchen Ländern Handel getrieben wird und mit wem Abkommen getroffen werden – denn viele von Deutschlands Handelspartnern halten sich nicht an die Menschenrechte.

Jedes Jahr verkauft Deutschland für mehrere Milliarden Euro Waffen und Rüstungsgüter in alle Welt – mehr als jedes andere Land in Europa.

Die Emirate gelten als einer der weltweit grössten Importeure von Rüstungsgütern. Deutschland zählt zu den wichtigsten Lieferanten. In den vergangenen Jahren wurden beispielsweise Fuchs-Spürpanzer und Minenjagdboote aus Deutschland in das arabische Land geliefert, das zwar nur fünf Millionen Einwohner hat, aber über die siebtgrössten Ölreserven der Welt verfügt.

Die Türkei ist nach den Vereinigten Staaten das Land mit der zweitgrössten Armee innerhalb der NATO. An den Grenzen zu Syrien und zum Irak sind zurzeit Tausende von Soldaten im Einsatz – unterstützt auch von der Bundeswehr.

Welche Politik verfolgen Sie, Frau Merkel? Denn ganz offensichtlich haben Sie ihrem türkischen Bündnispartner einen Blankoscheck ausgestellt bei seinem Krieg gegen die kurdische Bevölkerungsgruppe. Die Folgen dieser Politik könnten grausam werden, nicht nur im Nordirak oder der Türkei, sondern auch hier in Deutschland.

Wie weit darf ein Mann gehen, den man einen «Verbündeten» nennt und in dessen Land die Gewalt eskaliert – Gewalt, die auch auf unsere Strassen überspringen könnte? Ein Mann, der verspricht, seine Kampfjets gegen den IS-Terror starten zu lassen, dessen Bomben jedoch seit Monaten ganz andere treffen? Siehe auch: Erdogans Familie – Herrscher über Energie, Öl und Wasser – Wikileaks-Dokumente bestätigen Beziehungen zwischen Erdogan und IS!

Der brutale Krieg der Türkei gegen die Kurden hat vor zwanzig Jahren schon einmal zu blutigen Unruhen hier

in Deutschland geführt. Sollten sich solche Bilder bald wiederholen, dann sind Sie, Frau Bundeskanzlerin dafür mitverantwortlich. So lange jedenfalls, solange Sie den türkischen Ministerpräsidenten einfach gewähren lassen. Lesen Sie dazu auch unseren Beitrag: Erdogans Krieg und Merkels Schweigen.

Sie, Herr Gabriel, waren kurz nach dem Atomabkommen mit dem Iran der erste Spitzenpolitiker aus dem Westen, der zusammen mit Vertretern der deutschen Wirtschaft in das Land reiste. Ob nun Saudi-Arabien, Iran oder andere Länder, in denen keine Menschenrechte existieren – es geht nur um wirtschaftliche Beziehungen. Sie haben bei Ihrem Besuch in Katar für einen fairen Umgang mit dem Land plädiert und nahmen Katar auch noch in Schutz. Haben Sie nicht die 10 000 Gastarbeiter gesehen, die unter oft unwürdigen Bedingungen schufteten – viele davon auf den Grossbaustellen für die ohnehin umstrittene Fussball-WM 2022?

In vielen anderen Ländern wie dem Iran wird nach wie vor die Todesstrafe praktiziert – sogar in Notwehrfällen wie auch beim Urteil gegen Reyhaneh Jabbari. Sie wurde am 25. Oktober 2014 im Iran gehängt. Massenhinrichtungen finden fast täglich in iranischen Gefängnissen statt und sind ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Oft dauern die Anhörungen nur 15 Minuten – ordentliche Prozesse: Fehlanzeige. Andersdenkende und Andersgläubige werden im Iran systematisch gefoltert. Der Iran hat wichtige völkerrechtlich bindende Verträge ratifiziert. Zu den Vertragspartnern gehören fast alle Staaten der Erde. Auch der Iran bekennt sich öffentlich zu seinen vertraglichen Verpflichtungen – doch die Islamische Republik bricht diese Verträge täglich: Durch Folter, willkürliche Haft, Entrechtung von Frauen und Minderheiten. Siehe: Wenn Profit vor Menschenrechten ... Iran: Hinrichtungen an der Tagesordnung – auch Frauen und Kinder – Frauen sind Opfer von schwersten Menschenrechtsverletzungen.

Nachdem nun Saudi-Arabien massenweise mit Kriegsgütern versorgt wurde, fordern Sie, Herr Gabriel, in den Medien ein hartes Vorgehen gegen radikale Moscheen in Deutschland. Dabei nahmen Sie auch Saudi-Arabien in die Pflicht: Das Land finanziere wahhabitische Moscheen, aus deren Umfeld in Deutschland viele Gefährder kämen. Das war bereits bekannt, bevor Sie mit einer Wirtschaftsdelegation nach Saudi-Arabien reisten. Ausserdem wird zurzeit eine grosse Moschee in Algerien von deutschen Unternehmern gebaut, und das mit Unterstützung der Deutschen Regierung und in Zusammenarbeit mit chinesischen Firmen. «Die Moschee wird ein Stück deutscher Wertarbeit», so ein Deutsches Unternehmen.

Sie, Herr Gabriel, warnen Saudi-Arabien vor der Finanzierung des Extremismus. Es war doch schon bekannt, bevor der Handel mit den Kriegsgütern florierte, dass Saudi-Arabien den Extremismus finanziert. Sogar ein Freihandel mit den arabischen Golfstaaten (Golfkooperationsrat/GCC) Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde beschlossen, der am 01. Juli 2014 in Kraft trat. Siehe EFTA – Freihandelsabkommen mit dem Golfkooperationsrat (GCC) trat am 1.7.2014 in Kraft.

Saudi-Arabien zahlt übrigens nicht bzw. sehr schleppend. – Wenn Saudi-Arabien sein Kriegsspielzeug nicht bezahlt, müssen die Steuerzahler herhalten – denn wir bürgen dafür. Saudi-Arabien kann seine Arbeiter und seine Rechnungen nicht bezahlen – dennoch finanziert es weiterhin einen Krieg im Jemen. Nun will die Bundesregierung die Kooperation mit Saudi-Arabien weiter ausbauen, trotz der vielen Menschenrechtsverstösse!

Sie, Herr Aussenminister Steinmeier, Sie reisten im September 2015 in die Türkei, im Oktober 2015 in den Iran und nach Saudi-Arabien und danach unbemerkt nach Bagdad. Hier sei uns die Frage erlaubt, ob Sie in diesen Ländern in Begleitung von Bundestagsabgeordneten sowie einer grossen Wirtschafts- und Kulturdelegation gereist sind.

Sie, Herr Steinmeier, haben am Donnerstag, den 19.11.2015 als erste Etappe Ihrer Afrikareise Mosambik besucht. Dabei trafen Sie neben Präsident Jacinto Nyusi und weiteren Regierungsmitgliedern auch führende Oppositionsvertreter in Begleitung von Bundestagsabgeordneten sowie einer grossen Wirtschafts- und Kulturdelegation. Sexueller Missbrauch von Kindern ist in Mosambik brutaler Alltag. Geahndet werden die Verbrechen kaum.

Etwa 95 km südlich von Maputo gibt es im Rahmen eines 7-Mrd.-\$-Megaprojektes Pläne für den Bau eines neuen Tiefseehafens mit 30 m tiefer Einfahrt. In Ponta Techobanine soll auf einem 30 000 ha grossen Gelände ein neuer Umschlagplatz entstehen und über eine 1100 km lange Bahnlinie mit Simbabwe und Botswana verbunden werden.

Der neue Hafen soll in erster Linie dem Export von Kohle aus Botswana dienen. In Botswana werden Kohlereserven von 212 Mrd. t vermutet und das Land könnte nach Schätzungen von Experten jährlich bis zu 90 Mio. Tonnen fördern. Unterstützt wird dieses Projekt von der deutschen Regierung. In Mosambik ist häusliche Gewalt, Diskriminierung von Frauen, Missbrauch, Ausbeutung, Zwangsarbeit von Kindern, und Diskriminierung von sexuellen Minderheiten und Menschen mit HIV/AIDS nach wie vor verbreitet.

Präsident Filipe Jacinto Nyusi ist selbst ein mosambikanischer Unternehmer und freut sich sicher, mit Ihnen die Handelsbeziehungen aufzunehmen.

In Mosambik hat Vale, das zweitgrößte Bergbauunternehmen weltweit, für seine Kohleminen mehrere Siedlungen umgesiedelt. In dem neuen Dorf Cateme kommt es seither zu Menschenrechtsverletzungen – der Zugang zu Wasser und Land ist limitiert, Proteste werden teilweise gewaltsam niedergeschlagen, und es kommt zu willkürlichen Verhaftungen. Auch die Arbeitsrechte in den Minen werden verletzt, wenn die Arbeiter beispielsweise giftigen Substanzen ohne Schutzkleidung ausgesetzt werden. In Brasilien wird dem Unternehmen vorgeworfen, mit der Produktion von Holzkohle Krankheiten der Atemwege zu verursachen.

Sie, Herr **Steinmeier**, warben 2014 für das Boomland Angola. Auch Sie reisen immer wieder mit einer Delegation von Unternehmern von einem Land ins nächste – und auch hier werfen wir Ihnen vor, wirtschaftliche Interessen über Menschenrechte zu setzen. Beispiel Angola – Gold, Diamanten, Erdgas und Erdöl, ja, Angola verfügt über immense Bodenschätze. Sie haben sich zusammen mit Unternehmern nun selbst ein Bild davon machen können. Sie wollen die Wirtschaft vorantreiben – zum Nutzen Deutschlands. Das haben auch Sie, Frau Merkel, bei Ihrem Besuch in 2011 gewollt und sogar Rüstungsgüter versprochen.

Angola, ein Beispiel für Rüstungsgüter gegen Rohstoffe – Entwicklungshilfe: Bewaffnet für die Menschenrechte

«Armut ist ebenso wenig naturgegeben wie Sklaverei und Apartheid», sagt der südafrikanische Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela. «Sie ist von Menschen gemacht und kann von Menschen überwunden werden.»

Angola ist einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Deutschlands in Afrika. Deutsche Unternehmen sind u. a. im Bereich der Infrastruktur ebenso engagiert wie in der Landwirtschaft. Die Bundesregierung unterstützt die wirtschaftliche Entwicklung Angolas auch mit Rüstungsgütern; dass die Menschen immer noch hungern und nicht von dem Boom Angolas profitieren, darauf machen Sie nicht aufmerksam. Lesen Sie dazu: Rüstungsgüter gegen Rohstoffe – gesichert durch Steuergelder.

Dies sind nur einige von vielen Beispielen Ihrer Reisen in die Länder, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Viele arme Länder mit Rohstoffen versinken im Krieg und genau dorthin werden Rüstungsgüter verkauft!

Ihre Gehälter werden von unseren Steuergeldern gezahlt! Werden wir gefragt, ob wir mit unseren Geldern Terror, Folter, Morde oder Kindesmissbrauch finanzieren möchten? Verhalten Sie sich wenigstens so anständig, wie sich die Mehrheit von uns verhalten würde. Zeigen Sie Respekt und Achtung vor der menschlichen Würde, dem menschlichen Leben und lächeln Sie nicht jene an, die diese mit Füßen treten!

Wer schweigt, ist mit Schuld!

Wir fordern Sie auf: Nutzen Sie Ihren Einfluss! Stellen Sie Bedingungen an Ihre Geschäftspartner! Zeigen Sie, dass Sie Menschenrechtsverletzungen nicht tolerieren und stoppen Sie den Verkauf von Rüstungsgütern.

Die Netzfrauen

Unglaublich! Von der Leyen zu Besuch in Saudi-Arabien – Kooperation soll ausgebaut werden – trotz der vielen Menschenrechtsverstöße! Saudi-Arabien kann seine Arbeiter und seine Rechnungen nicht bezahlen – dennoch finanziert es weiterhin einen Krieg im Jemen – Saudi Arabia cannot pay its workers or bills – yet continues to fund a war in Yemen.

Während Millionen Menschen hungern – Entwicklungshilfeprojekte in Ländern wie: Saudi-Arabien, Katar, USA, China, Türkei, Indien, Belgien, Mali ... Wirtschaftliche Interessen statt Hilfe!

Viele arme Länder mit Rohstoffen versinken im Krieg und genau dorthin werden Rüstungsgüter verkauft!

Chinas Kampfansage an die großen Konzerne der Welt – nach Pirelli nun KraussMaffei – Wird Europa ausverkauft?

Diktatur Äthiopien – Folter, Misshandlung und Unterdrückung – Ethiopia declares state of emergency over protests

Quelle: <http://krisenfrei.de/offener-brief-an-merkel-gabriel-und-steinmeier/>

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz